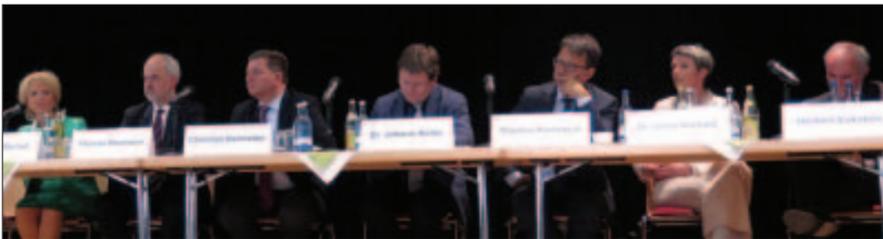




BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



Das Tagungspräsidium (von links): Tamara Bischof, Thomas Reumann, Christian Bernreiter, Dr. Johann Keller, Thomas Karmasin, Dr. Irene Vorholz und Herbert Eckstein.

Bayerischer Landkreistag 2015 in Bayerisch Eisenstein:

Älterwerden im ländlichen Raum

Ihre Positionen und Forderungen zu einer zukunftsfähigen medizinischen und pflegerischen Versorgung auf dem Land steckten die bayerischen Landräte bei ihrer Jahrestagung in Bayerisch Eisenstein (Landkreis Regen) ab. Die zweitägige Landkreistagsversammlung stand unter dem Motto „Älterwerden im ländlichen Raum: Anforderungen an Medizin und Pflege“.

„Gute Gesundheitsversorgung ist ein Standortfaktor, auf den wir nicht verzichten können, wenn unsere Heimat lebenswert bleiben soll“, erklärte der Landkreistagspräsident und Deggendorfer Landrat Christian Bernreiter vor über 300 Teilnehmern – Land- und Kreisräte sowie Vertreter der Landespolitik, der Verbände und Akteure des Gesundheitssystems.

Vernetzung verschiedener Gesundheitsangebote

Mit Blick auf die Zielvorstellung für die ländliche Gesundheits- und Pflegeversorgung der Zukunft steht laut Bernreiter ein Miteinander aus verschiedenen Angeboten und aller Akteure im Mittelpunkt. Etwa über flächendeckende Gesundheits- und Pflegekonferenzen sollen die Landkreise bei Planung, Ausgestaltung und Vernetzung verschiedener Gesundheitsangebote mitreden. Dafür brauche es die Unterstützung von Landes- und Bundespolitik, etwa gesetzliche Vereinfachungen bei der Schaffung von Krankenhausverbänden.

Angesichts des steigenden Bedarfs wurde für einen breiten Angebotsmix an medizinischer und

pflegerischer Unterstützung plädiert, der über flächendeckende regionale Gesundheits- und Pflegekonferenzen auf Landkreisebene entwickelt werden sollte. Dar-



Alois Glück.

über hinaus muss nach Auffassung des Bayerischen Landkreistags der Medizinische Dienst der Kranken- und Pflegeversicherungen auf eine neutrale Prüfinstitution überführt werden.

Forderungen der Landräte

Im medizinischen Bereich bieten die Landräte insbesondere über folgende Forderungen:

1. Bund und Freistaat müssen dabei helfen, Kreiskrankenhäuser, die mit dem medizinischen Fortschritt nicht mehr mithalten können,

zu stationär gestützten regionalen Gesundheits- und Pflegezentren weiterzuentwickeln.

2. Die Krankenhausinvestitionsförderung muss mittelfristig ausgebaut und verfahrensmäßig vereinfacht werden.

3. Bei der Zulassung von Haus- und Fachärzten müssen die Kommunen ein Mitspracherecht erhalten.

4. Die Notfallambulanzen an Krankenhäusern und die gemeinsame Errichtung von Bereitschaftsdienstpraxen an Krankenhäusern mit niedergelassenen Ärzten müssen mit einer besseren Finanzierung gestärkt werden.

Ambulant vor stationär

Im pflegerischen Bereich ging es um folgende Forderungen:

1. Die Zuständigkeiten für die Pflegeberatung müssen bei den Kommunen gebündelt werden. So wird neutrale und trägerunabhängige Beratung gewährleistet.

2. Für die Verbindlichkeit der Pflegebedarfsplanung braucht es finanzielle Anreize, aber auch Sanktionsmöglichkeiten.

3. Mit weiteren Initiativen für seniorengerechten und bezahlbaren Wohnraum sowie flächendeckender Beratung zur Wohnungsanpassung muss der Anspruch „Ambulant vor stationär“ realisiert werden.

4. Die ambulante und stationäre Hospiz- und Palliativversorgung im ländlichen Raum muss weiter ausgebaut werden – auch über einen Anspruch in der sozialen Pflegeversicherung.

Krankenhausstrukturgesetz

Mehr Nachteile als Vorteile sieht Bernreiter in dem Ende April vorgestellten Entwurf des Bundesgesundheitsministeriums für ein Krankenhausstrukturgesetz. „Der Gesetzentwurf übertrifft noch unsere Befürchtungen bei der Vorlage des Eckpunktepapiers im Dezember. Wir werden alle Kräfte mobilisieren, einen ruinösen Wettbewerb zu Lasten der Kreiskrankenhäuser zu vermeiden“, stellte Bernreiter fest. In Sachen Reformentwurf formulierte er einen klaren Appell in Richtung Bundespolitik: „Zurück auf Start!“

Der Präsident sprach beim Thema Krankenhausreform von einem Bündel aus hochkomplexen Vorschriften. „Der Bund hatte dafür seit der Vorlage des Eck-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Power für Bayerns Kommunen:

GZ lädt zum Energie-Forum

Mehr Wissen setzt Energie frei. Am 25. Juni ist es wieder soweit: Die Bayerische GemeindeZeitung lädt zum großen kommunalen Energie-Info-Tag für Kommunen. Im Garchingener Bürgerhaus treffen die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energie-Branche. Bitte merken Sie den Termin schon heute vor.



Bayerischer Städtetag:

Sozialen Sprengstoff entschärfen

Angesichts des Flüchtlingsdramas, das sich gegenwärtig auf den Fluchtwegen insbesondere über das Mittelmeer ereignet, und angesichts der immensen Herausforderung, die die Aufnahme, Unterbringung und Integration der Asylbewerber und Flüchtlinge in die Gesellschaft bedeutet, steht das Thema Flüchtlinge gegenwärtig zu Recht im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit.

Wie der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, bei einer Pressekonferenz in München betonte, trügen die Kommunen die Hauptlast bei Aufnahme, Unterbringung und insbesondere Integration der dauerhaft in Deutschland verbleibenden Asylbewerber und Flüchtlinge. „Hierfür bedürfen sie über die eigenen großen Anstrengungen hinaus der weiter zu verbessernden finanziellen und organisatorischen Unterstützung von Bund

und Ländern.“ Die Kommunen seien aber auch gefordert alles zu tun, um die große Aufnahmebereitschaft für Flüchtlinge in der Gesellschaft zu erhalten und fremdenfeindlichen Tendenzen keine Chance zu geben. „Ohne die Kommunen kann es keine befriedigenden Antworten auf diese Fragen geben“, meinte Maly.

Alles, was sozialen Sprengstoff bergen und zu einer Konkurrenzsituation mit Einheimischen

(Fortsetzung auf Seite 4)

Kommunale Themen richtig kommunizieren

Gisela Goblirsch gibt Tipps, wie der Dialog mit dem Bürger gelingt

Kommunen brauchen wirkungsvolle Presse- und Medienarbeit. Wie diese gelingt, zeigt Gisela Goblirsch in ihrem neuen Handbuch „Medienarbeit planen, konzipieren, umsetzen“. Ihr Fazit: Der Dialog mit dem Bürger funktioniert dann, wenn die Kommune schnell, faktengeaug und verständlich informiert. Dazu präsentiert sie viele Fallbeispiele und Checklisten. Im Münchner Presseclub wurde nunmehr ihr Buch vorgestellt.

Auf 186 Seiten vermittelt die PR-Expertin professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit vom Planen über das Konzipieren bis zum Umsetzen von Informationen für die Öffentlichkeit. In Interviews berichten Presseverantwortliche von Kommunen und öffentlichen Einrichtungen aus ihrer Arbeit.

Alle Bürgerinnen und Bürger wollen an kommunalen Entscheidungsprozessen teilhaben und

oder nur unzureichend über kommunale Entscheidungsprozesse informieren, führt das oft zu Unverständnis und Fehlinterpretationen. Das fördert die Politikverdrossenheit.

Mit den Bürgern im Gespräch bleiben

Professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit kann hier gegensteuern. Das Buch „Medienarbeit planen, konzipieren, umsetzen“ bringt praxisnahes Handwerkszeug für wirkungsvolle kommunale Pressearbeit. Die

(Fortsetzung auf Seite 4)



Je mehr Leute sich mit anderen Sprachen und Kulturen auseinandersetzen, desto besser wird die Nachbarschaft in Europa, ist der Bürgermeister überzeugt. Seinen Versuch, speziell junge Leute für das Sprachlernen an der VHS zu begeistern, unterstützt die Vorzimmerperle voll und ganz. Seite 11

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Podium der Pressekonferenz im Münchner Presseclub (v. l.): Roswitha Pfeiffer, Dr. Jürgen Busse, Gisela Goblirsch, Prof. Dr. Gabriele Hooffacker und Hans Rehbehn.

Sie lesen in dieser Ausgabe

Kommunale Rolle stärken	Seite 2
Schlüsselaufgabe Digitalisierung	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Bayern ist Lebensfreude!	3
Internationaler Museumstag	3
Standortqualität als Standortfaktor	4
GZ-Fachthemen:	
Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV	5
Katastrophenschutz · Rettungswesen	6
Öffentliche Beleuchtung	7
Umwelt · Abfall · Recycling	8/9
Aus den bayerischen Kommunen	10 - 12

Europäischer Fonds für regionale Entwicklung:

Kommunale Zusammenarbeit stärkt Teilräume in Bayern

Wirtschaftsministerin Aigner und Innenminister Herrmann zum Abschluss des Auswahlverfahrens für die nachhaltige Entwicklung funktionaler Räume

Innenminister Joachim Herrmann und Wirtschaftsministerin Ilse Aigner haben das Ergebnis des Auswahlverfahrens für die nachhaltige Entwicklung funktionaler Räume bekannt gegeben. Beide messen diesem Thema eine große Bedeutung für die Zukunft Bayerns bei: „Mit dem durchgeführten Auswahlverfahren für interkommunale Kooperationen sind wir bei der EFRE-Förderung ganz neue Wege gegangen. Wir erreichen damit eine noch stärkere Einbindung der lokalen Ebene in die EU-Förderung und stärken die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen.“

20 interkommunale Kooperationen aus ganz Bayern können nun in die nächste Phase eintreten und Förderanträge für ihre konkreten Projekte vorbereiten.

Das Auswahlverfahren zur Förderung integrierter räumlicher Entwicklungsmaßnahmen (IRE) deckt vier Förderbereiche des operationellen EFRE-Programms im Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ Bayern 2014-2020 ab. Das hierzu im August 2013 ausgeschriebene Interessensbekundungsverfahren hat mit 82 Bewerbungen ein überaus großes Echo gefunden. In der letzten Auswahlrunde haben 36 interkommunale Kooperationen integrierte räumliche Entwicklungskonzepte eingereicht, die alle den geforderten Mindestvoraussetzungen entsprechen.

Auswahlverfahren nach Punktesystem

Das hat dem hierfür eigens eingerichteten Auswahlgremium, das von den beteiligten Ministerien und den kommunalen Spitzen-

Weitere Informationen

zur neuen Förderperiode sind abrufbar unter www.efre-bayern.de/investitionen-in-wachstum-und-beschaeftigung/ und www.innenministerium.bayern.de/buw/staedtebaufoerderung/foerderprogramme/eustrukturfoerderung/

verbänden paritätisch besetzt war, die Entscheidung nicht gerade erleichtert. Wegen der nur begrenzt verfügbaren EU-Mittel musste jedoch eine Auswahl getroffen werden. Das Auswahlgremium hat in einem transparenten und gutachterlich begleiteten Verfahren auf Grundlage eines Punktesystems folgende 20 interkommunale Kooperationen ausgewählt, die in einem nächsten Schritt Förderanträge für konkrete Projekte vorbereiten können (in Klammern die jeweilige Leitkommune):

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karl Schlosser
89352 Ellzee
am 7.6.

Bürgermeister Rudolf Braun
91367 Weißenhohe
am 29.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Landrat Wolfgang Lippert
95643 Tirschenreuth
am 6.6.

Bürgermeister Karl Höchner
97320 Großlangheim
am 23.5.

Bürgermeister Norbert Bayerl
94541 Grattersdorf
am 24.5.

Bürgermeister Josef Buchner
82404 Sindelsdorf
am 31.5.

Landrat Anton Knapp
85072 Eichstätt
am 31.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Werner Fischer
93170 Bernhardswald
am 10.6.

Bürgermeister
Werner Englert
63869 Heigenbrücken
am 21.5.

Bürgermeister
Karl-Heinz Reichert
82433 Bad Kohlgrub
am 29.5.

Bürgermeister Stefan Müller
95185 Gattendorf
am 29.5.

Bürgermeister
Thomas Hartmann
87477 Sulzberg
am 29.5.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Alexandra Sitter-Czarnec
92260 Ammerthal
am 9.6.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Naabtal (Nabburg), Rhön-Grabfeld (Ostheim v.d.R.), Rottaler Hofmarken (Arnstorf), Seenland Oberpfälzer Wald (Neunburg vorm Wald), Sonthofener Land (Sonthofen), Stadt-Umland Rosenheim (Rosenheim), Stadt und Landkreis Hof - Rand wird Mitte (Hof), Würzburg - Umland (Gerbrunn).

Nachrückerliste

Zehn weitere interkommunale Kooperationen wurden in eine Nachrückerliste aufgenommen. Sie können zum Zuge kommen, falls die ausgewählten Kooperationen insbesondere in speziellen Segmenten des Programms die verfügbaren Mittel nicht durch förderbare Projekte binden können.

In der Förderperiode 2014 - 2020 stehen in diesem Förderbe-

reich zunächst insgesamt 58 Millionen Euro EU-Mittel für Projekte der 20 ausgewählten interkommunalen Kooperationen bereit. Weitere EU-Mittel können für die Kohlendioxid-Einsparung in der kommunalen Infrastruktur eingesetzt werden. Entsprechende Projekte sind in Konzepten einzelner interkommunaler Kooperationen bereits angelegt. Für diese Förderung erfolgt noch ein gesonderter Aufruf.

Fachliche Begleitung

Neben der Obersten Baubehörde im Innenministerium und dem Wirtschaftsministerium sind auch das Umweltministerium und das Wissenschaftsministerium am EFRE-Programm beteiligt. Die ausgewählten, aber auch die ausgeschiedenen interkommunalen Kooperationen werden weiterhin fachlich begleitet. Für die Beratung bei der Auswahl und Umsetzung der konkreten EU-Förderprojekte stehen die Sachgebiete Städtebau bei der örtlich zuständigen Bezirksregierung ebenso zur Verfügung wie für die Suche nach alternativen Fördermöglichkeiten für die im Rahmen der EFRE-Förderung nicht berücksichtigten Vorhaben. **rm**

Kommunale Rolle stärken

Empfehlungen der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft zum Thema Pflege

Die Kommunen spielen eine wichtige Rolle in der Beratung von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen sowie in der Organisation der örtlichen Hilfs- und Betreuungsangebote. Dazu braucht es eine gute Abstimmung aller Beteiligten vor Ort: Pflegekassen, Selbsthilfeeinrichtungen wie lokale Allianzen für Demenz und Projekteinrichtungen wie Mehrgenerationenhäuser, aber auch Stellen, die Altenhilfe organisieren oder Hilfe zur Pflege gewähren, müssen zielorientiert zusammenarbeiten. Die gemeinsam von Vertretern des Bundes, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände erarbeiteten Empfehlungen der Bund-Länder-AG geben Impulse, wie es Ländern, Kommunen und Pflegekassen noch besser gelingen kann, die Pflege vor Ort zu stärken.

Zunächst wird empfohlen, unterschiedliche Modelle zu Verbesserung von Koordination und Kooperation bei der Beratung von Bürgern bezüglich Pflegebedürftigkeit und anderen Fragen zu erproben. Dazu gehören das von den kommunalen Spitzenverbänden entwickelte Konzept der „Modellkommune Pflege“ und weitere Angebote bzw. Instrumente, mit denen Beratung, Zusammenarbeit und Information vor Ort effizienter gestaltet werden können. Zudem soll ein Initiativrecht von Kommunen bei deren finanzieller Beteiligung zur Einrichtung von Pflegestützpunkten erprobt werden.

Pflegekonferenzen

Die Länder können regionale Pflegekonferenzen oder vergleichbare Gremien einrichten; in diesem Falle wirken die Pflegekassen an den Beratungen mit.

einfach werden. Darüber hinaus können sektoren- und bereichsübergreifende Gremien auf Landesebene eingerichtet werden, die Empfehlungen zur Verbesserung der sektorenübergreifenden Versorgung sowie zum Abbau von Über-, Unter- und Fehlversorgung aussprechen.

Rahmenvereinbarungen

Die Länder können Gremien, an denen die Kommunen maßgeblich beteiligt sind, auf Landes- und regionaler Ebene einrichten oder vorhandene beauftragen, Empfehlungen zur bedarfsgeordneten Weiterentwicklung der

Thomas Kreuzer und Guido Wolf zur Erbschaftsteuer:

Erhalt von Arbeitsplätzen hat höchste Priorität

Gemeinsame Eckpunkte der Vorsitzenden der Unions-Landtagsfraktionen Bayerns und Baden-Württembergs

„Die Erbschaftsteuerreform darf die mittelständisch geprägte Wirtschaft in Baden-Württemberg und Bayern nicht gefährden!“ Thomas Kreuzer, Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, und Guido Wolf, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, legen im Zuge der Erbschaftsteuerreform höchste Priorität auf den Erhalt von Arbeitsplätzen.

„Wenn Erben Teile des Unternehmens verkaufen müssten, um die Erbschaftsteuer bezahlen zu können, kann das verheerende Folgen für Arbeitnehmer haben“, verdeutlicht Kreuzer. In einem gemeinsamen Eckpunktepapier haben die beiden Fraktionsvorsitzenden daher zentrale Forderungen für die Reform formuliert: „Eine Verschonung von Unternehmensvermögen ohne Bedürfnisprüfung soll künftig neben dem Erhalt von Arbeitsplätzen auch auf die Bewahrung der mittelständischen und familiengeprägten Unternehmensstrukturen abstellen. Im Übrigen halten wir eine erwerberbezogene Verschonung in der Größenordnung von 100 bis 120 Millionen Euro als Freibetrag für eine geeignete Grenze“, so Kreuzer. „Aus unserer Sicht setzt dies den richtigen Anreiz zum Erhalt von Familienunternehmen und damit zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Bayern und Baden-Württemberg.“ Unterhalb dieses Freibetrags sollen Unternehmen von der Erbschaftsteuer verschont bleiben. Ebenfalls wichtig für Kreuzer: „Die Einbeziehung von vorhanden Privatvermögen in die

Bedürfnisprüfung käme einer in-direkten Vermögensteuer gleich. Das lehnen wir ab.“

„Darüber hinaus setzen wir uns für eine einfache und rechtssichere Lohnsummenregelung ein“, erklärt Wolf. Über die Lohnsummenregelung wird gewährleistet, dass Unternehmen steuerlich begünstigt werden, die ihre Mitarbeiter mehrere Jahre nach der Übergabe weiterbeschäftigen. „Ausnahmen von dieser Regelung könnten künftig auf Unternehmen mit weniger als sechs Arbeitnehmern beschränkt werden“, regt Wolf an. „Den Vorschlag des Bundesfinanzministers, wonach sich die Lohnsummenregelung am Unternehmenswert orientiert, lehnen wir ab.“

Bis zum Jahr 2018 steht im Durchschnitt jährlich in rund 30.000 Familienunternehmen die Nachfolge an. „Vor allem kleine und mittelständische Unternehmen müssen dabei vor Bürokratieaufwand geschützt werden“, so die beiden Fraktionsvorsitzenden. „Die Erbschaftsteuer darf den Generationenwechsel in den Unternehmen nicht behindern und auch keine Arbeitsplätze gefährden.“ **□**

Regierungserklärung im Landtag:

Schlüsselaufgabe Digitalisierung

Wirtschaftsministerin Ilse Aigner stellt 10-Punkte-Programm vor

Neben den 1,5 Milliarden Euro für den Breitbandausbau will der Freistaat bis 2018 zusätzlich 500 Millionen Euro für Innovationen und digitales Know-how ausgeben. Damit werde die zweite Stufe der bayerischen Digitalisierungsstrategie fortgeschrieben, sagte Wirtschaftsministerin Ilse Aigner in einer Regierungserklärung Anfang Mai im Landtag. Mit einem 10-Punkte-Programm will sie auf die Herausforderungen der Digitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft reagieren.

Die Digitalisierung stelle eine Schlüsselaufgabe für Bayerns Zukunft dar und müsse jetzt in die Fläche und in die Betriebe Bayerns getragen werden, erklärte die Ministerin. Dabei seien 300 Millionen Euro für Forschung und Entwicklung sowie 200 Millionen Euro für regionale Initiativen und die Förderung von Betrieben vorgesehen. Darüber hinaus solle in jedem Regierungsbezirk ein Zentrum für digitale Gründer eingerichtet werden. Digitale Strategien der Unternehmen würden finanziell mit einem „Digitalbonus“ unterstützt. Damit gebe der Freistaat einen kraftvollen Impuls für den Einstieg des Mittelstands in das digitale Zeitalter, betonte Aigner. Weitere Maßnahmen der Digitalisierungsstrategie sind die internationale Vernetzung der Wirtschaft und die Neuregelung der Technologieförderprogramme sowie ein „Masterplan Digitale Ausbildung“. Schließlich wolle man die Gründung innovativer Unternehmen im IT-Bereich durch verbesserte Rahmenbedingungen für die Bereitstellung von Risikokapital anschieben.

Die Landtagsopposition sparte nicht mit Kritik an Aigners Ausführungen. Annette Karl (SPD) forderte klare Konzepte und einen konkreten Zeitplan. Die Datenübertragungsrate im ländlichen Raum hinke erheblich hinter der in den Großstädten her. Michael Piazzolo (FW) bezeichnete das Digitalisierungskonzept der Staatsregierung als „Stückwerk mit zerfledderten Zuständigkeiten“. Bayern sei im europäischen Vergleich allenfalls Mittelmaß. Die netzpolitische Sprecherin der Grünen, Verena Osgyan, zeigte aufgrund der fehlenden Cyber-Sicherheit Verständnis für die Zurückhaltung vieler Mittelständler bei der Digitalisierung. Bei der digitalen Bildung benötige man ein komplettes Update des Systems. **rm**

Versorgung auszusprechen, die die Pflegekassen bei Vertragsverhandlungen einbeziehen. Zudem ist geplant, auf Landesebene Rahmenvereinbarungen zur Zusammenarbeit bei der Beratung von pflegebedürftigen Menschen zu vereinbaren.

Wichtige Voraussetzung für eine verbesserte Zusammenarbeit, Information und Beratung auf kommunaler Ebene ist die Verfügbarkeit von Daten über das vorhandene Angebot, sein Leistungsspektrum und über die entsprechenden Kosten und Preise. Vorhandene Statistiken sollen daher geprüft und Wege des Datenaustausches optimiert werden, damit auch auf kommunaler Ebene die erforderlichen Informationen immer möglichst aktuell zur Verfügung stehen. Zusätzlich werden eine Reihe von Studien und Erhebungen empfohlen.

Wie Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml als Sprecherin der CDU/CSU-regierten Länder ausführte, spielten Pflegebedürftigkeit und Pflege sich vor Ort ab. Daher seien die Kommunen seit jeher wichtige Akteure in diesem Bereich. Bereits bestehende Handlungsspielräume konsequent zu nutzen und die kommunale Rolle zu stärken, sei auch ein Beitrag zur Bewältigung des demographischen Wandels. In den konstruktiven Verhandlungen der Bund-Länder-AG habe man wichtige Ideen entwickelt. So sollen Kommunen die Möglichkeit erhalten, die Einrichtung von Pflegestützpunkten zu initiieren.

Ganzheitlicher Beratungsansatz

Die Präsidenten des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Landrat Reinhard Sager und Oberbürgermeister Christian Schramm, hoben die Verabredung hervor, zur Erprobung eines ganzheitlichen Beratungsansatzes sogenannte Modellkommunen Pflege zuzulassen: „60 Landkreise und kreisfreie Städte können nun ein Konzept vorlegen, wie sie Beratungsaufgaben der Pflege-

kassen übernehmen und mit ihren kommunalen Aufgaben vernetzen. Damit werden insbesondere ambulante Pflegesettings positiv beeinflusst werden. Denn in einem sozialräumlichen Beratungsansatz liegt der Schlüssel zu einer umfassenden, den Bedürfnissen und Wünschen der Menschen vor Ort entsprechenden Beratung. Daneben halten wir eine wirkungsvolle kommunale Pflegeplanung für erforderlich, damit die Versorgungslandschaft bedarfsgerecht gestaltet werden kann. Eine Gleichstellung der kommunalen Sozialhilfeträger mit den Pflegekassen im Vertragsgeschehen war leider nicht zu erreichen.“ **DK**

Familienministerin Müller:

Erzieherberuf verdient bessere Entlohnung

Anlässlich des jüngsten Streiks der Erzieherinnen und Erzieher appellierte Bayerns Familienministerin Emilia Müller an die Tarifvertragsparteien, im Sinne aller Beteiligten zu einer baldigen Einigung zu kommen. Dabei müssten die Rahmenbedingungen für den Erzieherberuf verbessert werden. „Wer sich jeden Tag um unsere Kleinsten kümmert, trägt eine enorme Verantwortung. Erzieherinnen und Erzieher leisten tagtäglich einen wichtigen Beitrag für die Zukunft unserer Gesellschaft. Daher ist es notwendig, deren Ansehen und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Insbesondere bei der Bezahlung besteht Nachholbedarf“, so die Ministerin. Der Freistaat trägt jede Erhöhung der Tarifgehälter durch eine erhöhte Förderung der Betriebskosten mit.

Müller weiter: „Ein höheres Gehalt würde dafür sorgen, dass der Erzieherberuf nicht nur ideell gewinnbringend, sondern auch finanziell attraktiv ist. Das ist der wirksamste Hebel gegen den Fachkräftemangel.“ www.stmas.bayern.de/kinderbetreuung/finanzierung/kinder.php

Internationaler Museumstag:

Museum. Gesellschaft. Zukunft

Bayern mit über 300 Museen vertreten

Die Rolle der Museen in der Gesellschaft und damit ihr Anteil an der Mitgestaltung der Zukunft stand im Mittelpunkt des 38. Internationalen Museumstags unter dem Motto „Museum. Gesellschaft. Zukunft“. Auch in diesem Jahr war Bayern von allen Bundesländern am stärksten vertreten: Über 300 Museen luden in allen Landesteilen des Freistaats mit speziellen Veranstaltungen zum Besuch ein. Die Koordination der Veranstaltung übernahm erneut die Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen. Partner waren deutschlandweit die Sparkassen.

Die Angebote großer wie kleiner Museen im ganzen Land waren auch dieses Jahr ausgesprochen vielfältig: Die Museen hatten sich wieder eine Fülle attraktiver Angebote ausgedacht, nicht zuletzt auch für die ganze Familie. Große wie kleine Häuser gestalteten diesen Tag nach ihren jeweiligen Möglichkeiten und Besonderheiten.

Sonderführungen und Workshops

So gewährten Münchner Museen ihren Besuchern in Sonderführungen, sowie bei Workshops, Vorträgen und Festen einen Blick hinter die Kulissen. Der Aktionstag sollte dazu einladen, Schätze zu entdecken und sich von der Begeisterung der Sammler und Museumsmitarbeiter anstecken

tolle Vorträgen und Experimenten wie „... und es brodelte wie bei Harry Potter“ auf.

Bereits im Vorfeld zum Museumstag hatten die Veranstalter mit der Social-Media-Aktion „#MuseumSound“ dazu aufgerufen, das Museum akustisch erlebbar zu machen: Wie klingt Museum? Was haben Besucher zu sagen? Geben manche Exponate Töne von sich? Eine Podcast-Reihe begleitete die Aktion und ein Live-Radio präsentierte die Ergebnisse und berichtete aus verschiedenen Museen in Deutschland.

Im Zentrum der Macht

Das Cuvillies-Theater öffnete seine Tore und lud zur Führung über Raumkunst des Rokoko ein. Rund um Kakteen & Sukkulente drehten sich Ausstellung, Ver-

Schleißheim auf dem Programm.

Auch im Chiemgau gab es ein besonderes Programm. Das Gerbereiemuseum in Tittmoning lud zur Sonderausstellung „Auf Rosen gebettet – eine symbolische Blume zwischen Liebesmacht und Ledertracht“ ein.

Angebote in der Region

Das Heimathaus Rupertiwinkel bot unter anderem besondere Familienführungen, die unter dem Motto „Hieronymus auf geheimnisvollen Spuren durch die Burg“ standen, an. Im Holzknemuseum Ruhpolding stand der Internationale Museumstag unter dem Motto „Warte nicht bis Du Zeit hast!“. Alle Gäste konnten kleinen, besonderen Geschichten lauschen, die frei erzählt zum Nachdenken, Träumen und Genießen anregten. Gestaltet wurde das Programm ganz im Sinne des Museums von Erzählerinnen und Handwerkerinnen. Im Rahmen der Sonderausstellung „100. Geburtstag Carl Ostermayer – Leben und Wirken“ lud das Römermuseum in Seebruck zu einem Nachmittag mit Freunden von Carl Ostermayer ein. Alte Filmaufnahmen ließen die Zeit aufleben, in der Archäologie in Seebruck eine wichtige Rolle spielte.

Fundus der Landshuter Hochzeit

In Landshut beteiligten sich heuer so viele städtische, staatliche, kirchliche und private Museen und Sammlungen wie nie zuvor: Erstmals öffneten beispielsweise die Förderer die Pforten des Zeughauses, wo man den Kostüm- und Requisitenfundus der Landshuter Hochzeit besichtigen konnte. Geöffnet waren außerdem die sechs Ausstellungen der Städtischen Museen in der Stadtreisenz sowie das Museum im Kreuzgang, das Kinder- und Jugendmuseum Kasimir sowie die Heiliggeistkirche, wo gerade keine Ausstellung steht und deshalb der eindrucksvolle, spätgotische Kirchenraum von Hans von Burghausen bestaunt werden konnte. Wieder dabei waren das Skulpturenmuseum im Hofberg mit der Sammlung Koenig, das Herzogschloss und St. Martin mit Schatzkammer und Unterkirche, den Resten der Vorgängerkirche.

Vermittlungsarbeit

Schwerpunkt im Gäubodenmuseum Straubing war die Vermittlungsarbeit. Nach langen Planungen konnten im Rahmen des diesjährigen Museumstages die Räume für die Museumspädagogik der Öffentlichkeit übergeben werden, um mittel- und langfristige museumspädagogische Veranstaltungen für junge wie alte Besucher anbieten zu können.

Museumsdörfer

Das Oberpfälzer Freilandmuseum in Neusath-Perschen, das Museumsdorf Bayerischer Wald in Tittling sowie die Freilichtmuseen in Finsterau und Massing boten ihrerseits ein umfangreiches Programm für Groß und Klein, mit Handwerksvorführungen und vielen Aktionen zum Mitmachen.

Besucher in Kaufbeuren erhielten freien Eintritt in das Stadtmuseum. Zudem lud das Museum dazu ein, die aktuelle Sonderausstellung „Daniel Hopper. Erfinder der Radierung“ zu besuchen. Begleitend zur Ausstellung wurden zwei Workshops veranstaltet. Vormittags fand eine Druckwerkstatt für Kinder statt. Auf spielerische Weise lernten die Kinder zunächst Daniel Hopper und seine

GZ

Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

für die einen ist Bayern das Land mit den besten wirtschaftlichen Kennzahlen und den größten Wohlstandschancen, für andere ist es die Region mit der höchsten Sicherheit und der schönsten Landschaft. Für wieder andere ist es schlicht und einfach nur das Gefühl hier mit der Familie daheim zu sein.

Alles in allem macht sich für mich die Summe aller positiven Eigenschaften unserer Heimat an einem einzigen Begriff fest. Bayern ist Lebensfreude! Und wir müssen alles daran setzen, diese Lebensfreude und alles was sich darunter und dahinter verbirgt, auf Dauer zu erhalten.

Bayern ist Lebensfreude!

Dazu gehört unter anderem auch unsere reiche Kultur der Volksfeste, Kirchweihen sowie der unzähligen Stadt- und Dorffeste, die wir als Kommunalpolitiker in den nächsten Wochen und Monaten wieder gerne besuchen und unterstützen. Erhalt von Traditionen, gelebte Gastlichkeit, kulinarische Genüsse, Freizeitspaß für die ganze Familie, Attraktivität für den Tourismus – diese Begriffe gehen uns allen dabei sicherlich durch den Kopf.

Doch welche verschiedenartigen Komponenten und Akteure zusammenwirken müssen, damit auch nur ein einzelnes Fest gelingen kann, wird einem erst bei näherem Hinsehen klar:

Als erstes braucht es den Veranstalter, der das wirtschaftliche Risiko sowie die Organisation mit Musik und etwaigen Fahrgeschäften übernimmt. Vielfach leisten dies auch Vereine und Verbände, deren Mitglieder etliche Stunden an Freizeit dafür investieren. Eine gute Qualität der angebotenen Speisen und Getränke geht nicht zuletzt auf unsere heimische Landwirtschaft und das weiterverarbeitende Handwerk zurück. Zur Abrundung sorgen unsere Ordnungskräfte und Rettungsorganisationen für ein



wohliges Sicherheitsgefühl vor Ort.

Doch jegliche Anstrengungen sind für alle vergebens, wenn den Festen die konsumfreudigen Gäste fehlen. Und hier lässt sich recht schnell wieder der Bogen zur wirtschaftlichen Lage Bayerns spannen. Denn nur eine Bevölkerung, die wie bei uns mit qualifizierten und sicheren Arbeitsplätzen auch ein gewisses Wohlstandsniveau aufweist, kann es sich auf Dauer überhaupt leisten, derartige Angebote zu nutzen.

Aber nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang auch die bedeutende Rolle der Kommunen hinsichtlich rechtlicher Rahmenbedingungen. Als Kommunalpolitische Vereinigung treten wir seit jeher dafür ein, dass die Verwaltungen von Landkreisen, Städten und Gemeinden sich dabei als partnerschaftliche Genehmigungs- und nicht als ordnungspolitische Verhinderungsbehörden verstehen sollen. Es geht nicht darum, die gesetzlichen Vorgaben nicht einzuhalten, sondern um vorhandene Spielräume im Sinne der Antragsteller und letztendlich zugunsten der Festkultur zu nutzen.

In diesem Zusammenhang freut es mich besonders, dass die CSU-Staatsregierung und der Landtag erst kürzlich eine Lanze in Richtung des Erhalts traditioneller Feste in Bayern gebrochen haben. Alle Fraktionen stimmten im Landtag dafür, den Beginn der Nachtzeit von 22 Uhr auf 24 Uhr zu verschieben und damit eine Änderung der „Freizeilärmrichtlinie“ umzusetzen. Denn es darf nicht sein, dass immer häufiger traditionelle Feste abgesagt werden müssen, weil einzelne Anwohner gegen die Lärmbelastung vor Gericht ziehen und die Veranstalter aus Furcht vor Bußgeldern und Gefängnisstrafen daraufhin die Feste nicht stattfinden lassen.

Abschließend ist festzuhalten: Die bayerische Festkultur ist und bleibt ohne Zweifel ein Stück Identität und ein Stück gelebte Gemeinsamkeit. Es steckt mehr dahinter als man denkt und es lohnt sich, von allen Seiten für dieses gute Stück heimische Lebensfreude einzutreten.

Ihr Stefan Rößle

Landrat im Landkreis Donau-Ries
KPV-Landesvorsitzender

Museumsdorf Bayerischer Wald.

zu lassen. In der Landeshauptstadt ging das zum Beispiel bei der Familien-Mitmach-Führung im Soundlab 1 des Stadtmuseums, bei der Besucher alte und neue Instrumente ausprobieren konnten oder im Museum Mensch und Natur, wo unter dem Ausstellungstitel „Restlos gut essen“ sogar gekocht wurde. Die Villa Stuck bot Bastelspaß beim Kreativworkshop „Wie könnte Dein Wappen aussehen“ und das Deutsche Museum wartete mit

kaufsbörse und ein Chorkonzert des Botanischen Gartens. Die Führungsstaffel in den Pinakothek thematisierte visionäre Erwerbungen aus zwei Jahrhunderten und die Glyptothek gab eine Sonderführung durch die Ausstellung „Im Zentrum der Macht“. Neben der Angebotsvielfalt in der Innenstadt lohnte sich an auch ein Ausflug in Münchens Umland: „Historische Tänze“ sowie die Aktion „Klingendes Schloss“ standen im Neuen Schloss

Mehr Geld für Kitas

Familienministerin Müller: „Kräftige Investition in die Qualität der Kindertageseinrichtungen“

Auf Vorschlag von Bayerns Familienministerin Emilia Müller hat der Ministerrat eine weitere Verbesserung der finanziellen Ausstattung von Kindertageseinrichtungen beschlossen, um die Betreuungsqualität in den Einrichtungen weiter zu erhöhen. Hierzu wird der für die Förderung maßgebliche Basiswert von derzeit 982,06 Euro auf 1.035,75 Euro angehoben.

„Nach dem Ausbau eines bedarfsgerechten Kinderbetreuungsangebots setzen wir nun unseren Fokus verstärkt auf Qualitätsverbesserungen in den bayerischen Einrichtungen. Durch den erhöhten Basiswert steigt die gesetzliche kommunale und staatliche Leistung um insgesamt bis zu 126 Millionen Euro jährlich. Die Einrichtungen erhalten so unbürokratisch mehr Geld.“

Mehr Geld bedeutet mehr Qualität für die Bildung, Erziehung und Betreuung der etwa 500.000 Kinder in den bayerischen Kindertageseinrichtungen“, so Müller.

Die kindbezogene Förderung einer durchschnittlichen Kindertageseinrichtung erhöht sich so um etwa 12.700 Euro jährlich, um den Trägern nachhaltige qualitative Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung zu ermöglichen. Mit der Erhöhung des Basiswertes ist sichergestellt, dass alle Einrichtungen und damit alle Kinder unabhängig von der Region und der Leistungskraft der einzelnen Gemeinde von der höheren Förderung profitieren. Dies war durch den bislang vorgesehenen Qualitätsbonus-Plus, über dessen Inanspruchnahme jede der 2056 bayerischen Kommunen selbst entscheiden konnte, nicht zu gewährleisten. Es drohte eine regional unterschiedliche Entwicklung bei der Qualität der Kinderbetreuung, der es entgegen zu treten galt. Mit der jetzigen Änderung wird auch den Wünschen der Gemeinden und der Träger Rechnung getragen.

Erfindung, die Drucktechnik der Radierung kennen. Danach durften sie selbst in einer kleinen Druckwerkstatt Geschenkpapier bedrucken.

Unterirdische Bilderwelten

Auch in Bayreuth beteiligten sich mehrere Einrichtungen an dem Aktionstag. So lud das Umwelt-Museum Oberfranken die Besucher ein, wandhohe Eiszeitmalereien in einer Höhlenlandschaft mit Taschenlampen zu erkunden. Die eiszeitliche Höhlenkunst Europas ist eine der bedeutendsten Quellen der abendländischen Kultur. Die außergewöhnliche Meisterschaft der Wandmalereien, ihre Komposition und Farbbigkeit eröffnet eine ganz andere Perspektive auf den frühen Menschen. Gerade die Kunst der „tiefen Höhlen“, weit unter der Erde gelegen und nur unter erschwerten Bedingungen zugänglich, übt eine einzigartige Faszination auf den Betrachter aus. Diese unterirdischen Bilderwelten, die heute nur wenigen Menschen zugänglich sind, einem größeren Publikum zu öffnen, war Ziel der Ausstellung.

Freier Eintritt und Selfies

Maisel's Brauereimuseum bot eine Führung durch die Biergeschichte an. Highlights der Tour waren neben der komplett erhaltenen historischen Brauerei unter anderem zwei Räume mit 400 Emailleschildern verschiedener Brauereien und Biermarken.

Ein ganzer Tag freier Eintritt, halbstündlich Kurzführungen zu unterschiedlichsten Kunstwerken und Museumsthemen, eine „Selfie“-Aktion und ein abwechslungsreiches Kinder- und Jugendprogramm: Am Museumstag begeisterten die Museen auf dem

Domberg das Bamberger Publikum für die Sammlungen und Schauräume zur Kunst und Geschichte der Stadt.

In zahlreichen Kurzführungen wurden Kunstwerke und deren Bedeutung für die Stadt Bamberg einst, heute und morgen gezeigt. Museumsleitungen, Kuratoren und die Dombergkoordinatorin stellten persönlich Sehens- und Wissenswertes vor und erklärten, warum die gezeigten Stücke eine Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft schlagen, warum manches nicht gezeigt werden kann und welche wachsenden technischen Herausforderungen sich zum Teil stellen.

Vor allem für Kinder, Jugendliche und die ganze Familie hatten sich die Museen am Domberg etwas ausgedacht: Es gab Stationen in den Museen, an denen Jugendliche Kunst in einfachen Worten erklärten, eine Kinderführung in der Neuen Residenz und den ganzen Tag über Bastelaktionen und Museumsrallyes.

Fremdsprachiges Angebot

Als fremdsprachiges Angebot wurden dieses Jahr am Museumstag erstmals Führungen in arabischer und russischer Sprache durchgeführt, um ausländische Bürger oder Menschen mit Migrationshintergrund für die Museen und die Stadt- und Kunstgeschichte Bamberg zu interessieren. Die 2012 gegründete Kooperation der Museen um den Bamberger Dom beging 2015 zum zweiten Mal gemeinsam den internationalen Museumstag. Die Dachmarke „Domberg – Museen um den Bamberger Dom“ vereint das Diözesanmuseum, das Historische Museum, die Staatsgalerie, die Prunkräume der Neuen Residenz und die Staatsbibliothek. DK

Mehr Fachärzte für ländliche Regionen

Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag möchte mehr Fachärzte in den ländlichen Raum holen. Dafür soll das seit 2012 bestehende Förderprogramm für die Niederlassung von Hausärzten in ländlichen Gebieten nun auf eine große Zahl an Fachärzten ausgeweitet werden. Einen entsprechenden Antrag hat der Gesundheitsausschuss des Bayerischen Landtags gestern beschlossen.

Mit dem Programm des Gesundheitsministeriums werden Hausärzte mit einer Anschubfinanzierung von bis zu 60.000 Euro unterstützt, wenn sie sich in Gemeinden mit nicht mehr als 20.000 Einwohnern niederlassen. Medizinstudierende, die sich verpflichten, nach dem Studium für eine bestimmte Zeit als Arzt im ländlichen Raum tätig zu werden, können ein Stipendium von 300 Euro pro Monat für maximal vier Jahre erhalten. Zudem werden innovative medizinische Versorgungskonzepte mit bis zu 200.000 Euro gefördert. Voraussetzung ist jeweils, dass es sich um nicht überversorgte Regionen handelt.

„Gesundheitsministerin Melanie Huml hat dieses Programm zu Jahresbeginn 2015 auf familiennahe Fachärzte ausgeweitet: auf Kinder- und Frauenärzte, Psychotherapeuten sowie auf Kinder- und Jugendpsychiater. Wir wollen, dass die Niederlassungsförderung auf alle Arztgruppen der allgemeinen fachärztlichen Versorgung ausgeweitet wird“, verdeutlichte Bernhard Seidenath, gesundheitspolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion. □

Älterwerden im ländlichen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
punktet fast ein halbes Jahr Zeit – jetzt sollen wir innerhalb von zwei Wochen abschließend Stellung nehmen“, kritisierte er. „Das ist eine nicht akzeptable Zumutung.“ Das viel zu komplizierte System aus Qualitätsvorgaben und deren Kontrolle benachteiligt zudem die kleineren Krankenhäuser, die den damit verbundenen Aufwand nicht leisten können. Für die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum hieße das: Ein Schritt zurück statt einer zukunftsfähigen Weiterentwicklung.

Planwirtschaft in Reinform

Die Strukturreform gibt einen Korridor für die Quantität der erbrachten Leistungen vor. Mit der Begründung, die Qualität könne nicht stimmen, wenn eine Klinik zu wenig Patienten mit den gleichen Leistungen behandle, soll einem Krankenhaus die Vergütung dafür komplett gestrichen werden. Werden mehr Patienten behandelt als vorgesehen, gibt es Abschläge auf die Vergütung. Das erinnert an Planwirtschaft in reiner Form. „Ob das den Bedürfnissen der Patienten entspricht?“, fragte sich Bernreiter.

Wie weit die Strukturreform der Krankenhausversorgung von der Praxis entfernt ist, zeigt sich für den Präsidenten auch beim Pflegestellen-Förderprogramm. „Das Programm ist unzureichend und hilft defizitären Krankenhäusern nicht weiter“, so der Landkreistagschef. Das Förderprogramm in seiner vorgestellten Form ermögliche rechnerisch nur zwei bis drei Neueinstellungen pro Klinik, dazu soll ein Eigenanteil von 10 Prozent geleistet werden – das sei in der Praxis nicht machbar für Häuser, die tief in den roten Zahlen stecken. Bernreiter: „Wir können dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Form nicht zustimmen. Deshalb fordern wir die Bayerische Staatsregierung auf, sich auf Bundesebe-

Kommunale Themen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Pressestelle wird hier zur Drehscheibe der Kommunikation mit den Medien. Die Autorin stellt die Kernbereiche wirkungsvoller Kommunikation vor und zeigt, wie Redaktionen und Pressestellen kooperieren sollten. Die Bayerische Verwaltungsschule setzt das neue Handbuch im Unterricht ein. Gisela Goblirsch ist überzeugt: „Nur wer mit den Bürgern im Gespräch bleibt und alle Wege der Kommunikation kennt, kann eine Kommune erfolgreich in die Zukunft führen.“

Gisela Goblirsch hat 20 Jahre lang als Journalistin bei der Süddeutschen Zeitung, dem Bayerischen Rundfunk und dem Mitteldeutschen Rundfunk gearbeitet. Heute leitet sie als PR-Expertin an der Bayerischen Verwaltungsschule die Fortbildung zum „Referenten für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (BVS)“. In den Schulen der Land- und Dorfwahlentwicklung (SDL) berät sie politische Funktionsträger zum Thema Kommunikation. Sie ist Mitglied im Stiftungsrat der Stiftung Journalistenakademie. An der Journalistenakademie in München schult sie PR-Fachleute und Journalisten.

Das Buch ist unter der Nummer ISBN 978-3-9815512-4-2 im Buchhandel erhältlich. Es kann aber auch direkt beim Verlag Dr. Hooffacker (info@hooffacker.de) oder bei der Autorin (medienstelle@pr-competence.de) bestellt werden. Es kostet 29,90 inklusive der Versandkosten. Für Teilnehmer der Fortbildungsseminare an BVS, SDL und Journalistenakademie gibt es Hörerabatt. □

ne für eine umfassende Überarbeitung einzusetzen.“

Die Krankenhausreform stieß auch bei der Landkreistagsversammlung des Bayerischen Landkreistags auf massive Kritik. Landrat Thomas Reumann, Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft, erklärte: „Der Gesetzentwurf gibt auf wesentliche Fragen keine Antwort.“ Es komme auf eine Mischung aus hochspezialisierten Angeboten und der Grundversorgung nahe am Menschen im ländlichen Raum an, deren Bedeutung bei der Bundespolitik noch nicht angekommen sei. Der Schließungsdruck auf kleine Krankenhäuser werde noch zu nehmen, falls die Reform so kommt wie im Entwurf anvisiert.

Dr. Irene Vorholz, Beigeordnete des Deutschen Landkreistages, führte in ihrem Vortrag zehn Handlungsfelder auf, in denen sich kommunale Altenpolitik ihrer Ansicht nach niederschlägt: 1. Selbstbestimmung und Teilhabe, 2. Vermittlung altersgerechter Dienstleistungsangebote, 3. Flexibilisierung der sozialen Infrastruktur, 4. Fundierte Beratung, 5. Gesundheitsförderung, 6. Neue Wohnformen, 7. Bürgerschaftliche

ches Engagement, 8. Unterstützung Angehöriger, 9. Betreuungsrecht, 10. Wirkungsvolles Verbundsystem.

Perspektiven für den demografischen Wandel

Der demografische Wandel sei bereits gegenwärtig eine der zentralen Herausforderungen im ländlichen Raum, so Vorholz. Er werde weiter an Dynamik gewinnen. Allerdings liege hierin auch eine Chance politischer Gestaltung, gerade für die Landkreise und ihre Gemeinden. „An ihnen ist es, vor dem Hintergrund sinkender Bevölkerungszahlen, einer sich verändernden Einwohnerstruktur und drohender Abwanderung das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen und vorausschauend entgegenzusteuern.“

Eine aktive und moderne Altenpolitik der Landkreise verbessere die soziale Infrastruktur für eine älter werdende Bevölkerung auch und gerade im ländlichen Raum, machte die Beigeordnete deutlich. Zugleich würde eine – vom Gesetzgeber zu ermöglichende – stärkere Rolle der Landkreise in der Pflege zu einer be-

Sozialen Sprengstoff ...

(Fortsetzung von Seite 1)
führen könnte, muss nach Auffassung des Bayerischen Städtetags frühzeitig entschärft werden. „Wir müssen den Flüchtlingen und Asylbewerbern Perspektiven geben: Sie benötigen Chancen, um sich in die Gesellschaft integrieren zu können. Die Kommunen haben Erfahrungen mit Integration, die Kommunen sind bereit und können das, sofern sie die Finanzmittel zur Verfügung haben“, stellte Ulrich Maly fest.

Bayerische Städte und Gemeinden seien Heimat geworden für Flüchtlinge und Vertriebene aus Böhmen, Mähren, Schlesien oder Ostpreußen nach 1945, für Gastarbeiter aus Italien, Griechenland oder Spanien in den 1970er Jahren und für Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion nach 1990. Integration funktioniere über Kindergärten, Schulen, Sprachunterricht und Beruf.

Drängende Kostenfrage

Besonders dränge die überdurchschnittlich betroffenen Städte München, Passau und Rosenheim die Kostenfrage für die unbegleiteten Minderjährigen. Maly: „Die jetzige Regelung, wonach die örtliche Jugendhilfe für unbegleitete Minderjährige eine rein kommunale Aufgabe ist, lässt sich mit Blick auf die hohen Zahlen von jungen Menschen aus Krisengebieten nicht aufrecht erhalten. Es muss zu einer besseren Verteilung der unbegleiteten Minderjährigen in Deutschland kommen und zu einer gerechteren Verteilung der Finanzierung.“

Neben den Problemen mit der Erstaufnahme stellt sich für den Städtetagschef auch das Problem des nicht ausreichend vorhandenen Wohnraums: „Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist gerade für wachsende Städte und Gemeinden in Ballungsräumen kein neues Problem. Wohnungsmangel hat es bereits gegeben, als die Kommunen noch keine so hohe Zahl an Flüchtlingen unterbringen mussten. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum hat sich über die Jahre hinweg aufgestaut.“

Enormer Druck auf den Kommunen

Maly zufolge lastet auf Kommunen und kommunalen Wohnungsbauunternehmen ein enormer Druck: Sie sollen für ausreichenden Wohnraum sorgen; für alle sozialen Schichten sollen bezahlbare Wohnungen zur Verfü-

gung stehen. Wie der Vorsitzende hervorhob, dürfe es nicht zur Konkurrenz zwischen sozialhilfebefähigten Familien, Alleinerziehenden, Rentnern und Obdachlosen mit Flüchtlingen und anerkannten Asylbewerbern kommen. Dies berge sozialen Sprengstoff und würde das gesellschaftliche Klima verschärfen.

Wohnungsbedarf

Sobald anerkannte Asylbewerber und Flüchtlinge die staatlichen Unterkünfte verlassen müssen und zur eigenständigen Wohnraumsuche berechtigt sind, steige die Nachfrage nach günstigem Wohnraum weiter. Maly: „Wenn ein Asylbewerber anerkannt ist, wird zum Beispiel aus dem Syrer, der in Damaskus geboren ist, ein Nürnberger, der in Damaskus geboren ist: Er muss aus der Gemeinschaftsunterkunft ziehen und braucht eine Wohnung.“

Der Wohnungsbedarf von anerkannten Flüchtlingen übersteige bereits jetzt das Angebot deutlich. So gehe das bayerische Sozialministerium davon aus, dass sich hier ein zusätzlicher Bedarf von etwa 5.000 Wohneinheiten pro Jahr ergibt. Mit dem Ziel, im Doppelhaushalt 2015/2016 jährlich 4.000 Wohneinheiten im geförderten Wohnungsbau zu errichten, lässt sich nach Malys Einschätzung nicht einmal die Nachfrage von anerkannten Flüchtlingen erfüllen.

Vor dem Hintergrund, dass das bayerische Kabinett Mitte April eine Wohnungsbauinitiative für Flüchtlinge auf den Weg gebracht hat, meinte Maly: „Es ist richtig und wichtig, dass die Staatsregierung steigende Asylbewerberzahlen zum Anlass nimmt, mehr Wohnungen zu schaffen. Das ist ein dringend nötiger Impuls, um die angespannte Situation zu klären. Bund, Freistaat und Kommunen stehen hier in einer gemeinsamen Verantwortung, um eine Intensivierung des Wohnungsbaus voranzutreiben. Hier sind flexible Lösungen und Anpassungen des Baurechts nötig, um effizient neuen Wohnraum schaffen zu können.“

In Gegenden, in denen Leerstand herrscht, kann nach Auffassung des bayerischen Ministerrats der Gebäudeerhalt bezuschusst werden. Militärliegenschaften, die im Zuge der Bundeswehrreform frei werden, will der Freistaat vom Bund zur Wohnraumerschaffung für anerkannte Flüchtlinge und Asylbewerber erwer-

darfsgerechten Versorgung älterer und pflegebedürftiger Menschen beitragen.

Alois Glück, Präsident des Zentralkomitees der Katholiken, der über die Anforderungen an die Hospiz- und Palliativversorgung referierte, wies darauf hin, „dass nur das Zusammenwirken Aller aus der Hospizidee ein umfassendes Konzept der Sorge um schwerstkranken und sterbende Menschen und deren Angehöriger macht, das neben deren optimaler Betreuung und Versorgung auch deren Integration in die Gesellschaft zum Ziel hat“. Im Zentrum stünden die Würde des Menschen am Lebensende und der Erhalt größtmöglicher Autonomie. Voraussetzung dafür sei die weitgehende Linderung von Schmerzen und Symptomen schwerster lebensbeendender Erkrankungen durch palliativärztliche und palliativpflegerische Versorgung. Die Einrichtungen der Hospiz- und Palliativbewegung stellten Bausteine im bestehenden Gesundheits- und Sozialsystem dar, die in enger Kooperation mit den anderen Diensten und Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialsystems eine kontinuierliche Versorgung sterbender Menschen gewährleisten.

Bayerns Gesundheitsministerin

Melanie Huml unterstrich ihrerseits, die Rolle der Kommunen bei der Beratung, Betreuung und Versorgung pflegebedürftiger Menschen stärken zu wollen: „Gerade für ältere Menschen ist eine wohnortnahe pflegerische Versorgung wichtig. Die Kommunen haben vor Ort den besten Überblick über die Bedürfnisse von Pflegebedürftigen und bestehende Angebote, aber bisher nur begrenzte Gestaltungsmöglichkeiten.“

Wohnortnahe pflegerische Versorgung

Mit der Rolle der Kommunen in der Pflege befasst sich laut Huml aktuell eine Arbeitsgruppe auf Bundesebene, an der auch Bayern beteiligt ist. „Wir sollten den Mut haben, neue Wege zu erproben und den Kommunen stärkeren Einfluss als bisher einzuräumen.“ Die Ministerin verwies zudem auf die Bedeutung einer flächendeckenden Hospiz- und Palliativversorgung in ganz Bayern. Es sei eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, dafür zu sorgen, dass Menschen in Würde und möglichst ohne Schmerzen sterben können. „Deswegen unterstütze ich den Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung nach Kräften.“

„Damit alle Menschen im Freistaat Zugang zu den Angeboten der Hospizarbeit und Palliativmedizin haben, setze ich verstärkt

auf Vernetzung und Kooperation“, erklärte Melanie Huml. Um den Aufbau solcher Netzwerke zu unterstützen, habe das Bayerische Gesundheitsministerium das Modellprojekt „Netzwerkmoderatoren zum Aufbau regionaler Versorgungsnetzwerke im hospizlich-palliativen Bereich“ ins Leben gerufen.

Huml zufolge ist es wichtig, den Tod und das Sterben in die Mitte der Gesellschaft zurückzuholen. Dabei komme auch dem Ehrenamt eine ganz besondere Bedeutung zu. Denn ohne ehrenamtliches Engagement wäre Sterbebegleitung weder im ambulanten noch stationären Bereich möglich. Wie die Ministerin zudem bemerkte, seien die Kommunen auch bei der Gesundheitsversorgung zunehmend gefragt. „Hier erwarten die Bürger passgenaue Lösungen vor Ort. Ziel ist, eine bestmögliche Versorgung der Patienten zu erreichen, indem die unterschiedlichen regionalen Herausforderungen besser berücksichtigt werden.“

Eine Podiumsdiskussion zum Thema medizinische und pflegerische Versorgung im ländlichen Raum beschloss das Tagungsprogramm. Dabei erläuterten Staatsministerin Melanie Huml, Siegfried Hasenbein (Geschäftsführer BKG), Dr. Wulf-Dietrich Leber (GKV-Spitzenverband) sowie Kitzingens Landrätin Tamara Bischof ihre Standpunkte. **DK**

Stadtqualität als Standortfaktor

Expertentreffen der Metropolregion München in Bad Tölz
Zuwachs von 300.000 bis 500.000 Einwohnern erwartet

„Stadtqualität als Standortfaktor“ lautete der Titel der Fachveranstaltung, zu der rund 60 Bürgermeister, Stadtplaner, Kommunalpolitiker und Wirtschaftsförderer zu einer Fachtagung nach Bad Tölz kamen, um sich über aktuelle Projekte der Kommunalentwicklung auszutauschen. Organisiert wurde die Tagung von der GMA Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung mbH der Stadt Bad Tölz, dem Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen sowie der Europäische Metropolregion München e.V..

Bürgermeister Josef Janker und Landrat Josef Niedermaier machten in ihrer Begrüßung deutlich, dass es heute darum geht, die eigene Standortstärke aktiv zu entwickeln. In seinem Impulsreferat erläuterte Tagungsleiter Dr. Stefan Leuninger (GMA) dass es einer gemeinsamen Anstrengung aller bedarf, um zu positiven „Bildern“ zu Wirtschaftstandorten zu gelangen. „Längst besteht Klarheit, dass alleine rationale Faktoren bei Standortwahl und Investitionsentscheidungen nicht mehr den Ausschlag geben“, skizzierte Leuninger aktuelle Forschungsergebnisse. „Insbesondere bei der Gewinnung und Bindung von Fachkräften erlange die Qualität einer Kommune eine ganz maßgebliche Bedeutung“. Ein wichtiger Ansatz hierbei seien attraktive Innenstädte und Ortszentren

Standortfaktoren

Für die Gewerbesite standen die beiden Tölzer Unternehmer Armin Gilgarth und Peter Wiedemann Rede und Antwort. Wohnangebote, die Innenstadtentwicklung oder die Freizeitangebote werden als Qualitätsfaktoren definiert, so die übereinstimmende Einschätzung. Gerade bei den Mittelstädten in der Größenordnung von Bad Tölz sehen sie gute Entwicklungsperspektiven.

Der Tölzer Wirtschaftsförderer Falko Wiesenhütter und die frühere Landsberger Stadtbau- und Bauleitung Annegret Michler räumten darüber, wie Stadtqualitäten zu erreichen seien. „Wir brauchen Spielregeln bei der Stadtentwicklung und wir brauchen eine gute Zusammenarbeit aller Beteiligten“, fasste Wiesenhütter zusammen. Mit dem Einzelhandelsentwicklungskonzept verfüge Bad Tölz im Wirtschaftsreich Einzelhandel über solche

„Spielregeln“. Stadtplanerin und Architektin Michler wies darauf hin, dass Stadtqualitäten nur im Dialog mit den Bürgern und in einem mehrjährigen Prozess entwickelt werden können. Für das „Landsberger Modell“ wurde die Stadt im vergangenen Jahr von der Obersten Baubehörde als Referenzkommune ausgezeichnet.

„Wachstum ohne Ende“

Bis zum Jahr 2030 sagte der Geschäftsführer der Europäische Metropolregion München, Wolfgang Wittmann, ein Bevölkerungswachstum von 300.000 bis 500.000 Menschen voraus. Im Umgang mit diesem Wachstum misst er gerade dem Thema „Qualität“ in der städtebaulichen Entwicklung große Bedeutung zu, lebt doch die Attraktivität der Metropolregion München von der hohen Stadtqualität der vielen kleineren und mittleren Kommunen.

Bad Tölz in der Praxis

Beim Stadtpaziergang machten Falko Wiesenhütter und der Leiter des Tölzer Bauamtes, Christian Fürstberger, deutlich, dass sich Bad Tölz seit einiger Zeit in einem sichtbaren Strukturwandel befindet. Einerseits hat sich die Zahl der Übernachtungsgäste durch den „Einbruch“ des Kurbereiches reduziert, andererseits stehen für gewerbliche Neuansiedlungen keine öffentlichen Gewerbeflächen mehr zur Verfügung. Die Teilnehmer der Fachveranstaltung waren sehr beeindruckt von der städtebaulichen Qualität und den Angebotsstrukturen der Innenstadt. „Im aktuellen Einzelhandelskonzept hat die Innenstadt die erste Priorität“, erläuterten Wiesenhütter und Fürstberger die Zielsetzungen der Stadtentwicklung. □

VDV-Jahrestagung in Köln:

Leitthema Mobilität 4.0

Drei Tage lang traf sich die Branche des ÖPNV und Eisenbahnverkehrs zur VDV-Jahrestagung in Köln. An einem der zentralen Verkehrsknotenpunkte in Deutschland und Europa erörterten namhafte Vertreter aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft über aktuelle Zukunftsfragen.

Mit dem diesjährigen Leitthema Mobilität 4.0 wurde der Bogen zwischen Erwartungen an den Öffentlichen Verkehr und der Realität einer wachsenden Branche gespannt: Zunehmende Fahrgast- und Transportzahlen sowie steigende Kundenbedürfnisse treffen auf belastete Infrastrukturen und ungeklärte Finanzierungsinstrumente. Die Frage, wie man angesichts begrenzter Gelder dem (politischen) Anspruch von Daseinsvorsorge, Leistungserweiterung, Klimaschutz und individueller Massenmobilität gerecht werden kann, stand im Zentrum der Diskussion.

GVFG endet 2019

Nach den Worten von VDV-Präsident Jürgen Fenske fördert der Bund über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und mit den Entflechtungsmitteln seit Jahren die Verbesserung der kommunalen Verkehrsinfrastrukturen in Deutschland. Insgesamt stünden den Kommunen so jährlich rund 1,6 Milliarden Euro für den ÖPNV und den Straßenbau zur Verfügung. Sowohl das GVFG als auch die Entflechtungsmittel endeten aber 2019, weshalb wegen der mehrjährigen Vorplanungen für große Bauvorhaben schon heute keine weiteren Projekte mit der nötigen Finanzierungssicherheit mehr geplant werden könnten.

Für Fenske ist diese Situation für den kommunalen Nahverkehr in ganz Deutschland „untragbar“:

„Die Fahrgastzahlen und damit auch unsere Leistungen steigen jährlich, wir befördern bundesweit inzwischen zehn Milliarden Fahrgäste pro Jahr. Vielfach fahren wir dabei an der Kapazitätsgrenze. Auf der anderen Seite gibt es noch immer keine Entscheidung über die Fortführung der Bundesmittel, mit denen die kommunalen Verkehrssysteme seit Jahrzehnten erfolgreich gebaut und erweitert werden“, betonte der Präsident.

Transparenz schafft Vertrauen

Er wies darauf hin, dass verschiedene Bürgerentscheide in der jüngeren Vergangenheit gegen Stadt- oder Straßenbahnausbauvorhaben gelaufen seien. Solche Vorhaben stellten keine Selbstläufer dar, weshalb Unternehmen und Städte gut beraten seien, die Bürger frühzeitig und umfassend zu informieren. „Größtmögliche Transparenz schafft auch hier Vertrauen, und wir müssen dafür werben, dass temporäre Baustellen für die Bürgerinnen und Bürger führen“, machte der VDV-Chef deutlich.

Werner Gatzert, Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, bestätigte im Rahmen der VDV-Jahrestagung, dass sich die Bundesregierung eine Fortführung wichtiger Finanzierungsinstrumente für den kommunalen Nahverkehr im Rahmen einer Gesamteinigung von Bund, Ländern und Gemeinden vorstellen könne. Das insge-

samt sieben Milliarden Euro umfassende Finanzpaket, das der Bund den Ländern im Rahmen der anstehenden Finanzverhandlungen bereitstellen will, biete dazu gute Möglichkeiten, erklärte Gatzert. In den Bund-Länder-Gesprächen werde dabei auch über das GVFG und die Entflechtungsmittel nach 2019 zu sprechen sein. Damit stünden auch weiterhin jährlich Finanzmittel zweckgebunden für Investitionen in die kommunale Verkehrsinfrastruktur, und dort allen voran für den ÖPNV, zur Verfügung. „Das ist ein sehr gutes Signal für die ÖPNV-Unternehmen in ganz Deutschland. Denn dadurch gäbe es für Aus- und Neubaumaßnahmen im kommunalen Nahverkehr endlich wieder langfristige Planungssicherheit. Wir appellieren an die Länder, diesem Vorschlag in den anstehenden Verhandlungen uneingeschränkt zuzustimmen“, bemerkte Präsident Fenske.

Aktuelle Untersuchung

VDV-Hauptgeschäftsführer Oliver Wolff kritisierte seinerseits den Umstand, dass die ordnungspolitischen Maßnahmen des Bundes und die regulatorischen Eingriffe der EU-Kommission die Kosten im deutschen Schienengüterverkehr bis zum Jahr 2020 weiter um knapp 20 Prozent steigen lassen. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Untersuchung des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV).

„Überall spricht man von Verkehrsverlagerung und von der Förderung des umweltfreundlichen und sicheren Gütertransports auf der Schiene. Aber die Realität ist eine andere: Der Bund und die EU-Kommission haben zahlreiche Entwicklungen zugelassen, eingeleitet oder aktiv gefördert, die zu deutlichen Kostensteigerungen bei den Güterbahnen führen und deren Wettbewerbsfähigkeit massiv beeinträchtigen“, urteilte Wolff.

Während man die Schiene zusätzlich belaste, sei die Position der Wettbewerber auf der Straße und Wasserstraße gestärkt worden: „Der Schienengüterverkehr muss durch die Stromsteuer, die EEG-Umlage und durch Lärmauflagen massive Mehrkosten schultern.

mit Farbpatronen aus, was den Aufbruch sinnlos macht.

Weiter wurden mit 1.650 Fällen gut sechs Prozent weniger Hausfriedensbrüche als im Vorjahr registriert (2013: 1.760). Der überwiegende Teil wurde in Ballungsräumen mit hohen Verkehrs- und Kundenströmen festgestellt. Die erweiterte Präsenz von Sicherheitskräften an stark frequentierten Stationen hat hier deutliche Wirkung gezeigt und hält viele Täter fern.

Noch konsequenter geht die DB gegen Gewalttäter vor: So reagiert das Unternehmen auf den bundesweiten Anstieg der Übergriffe gegen Mitarbeiter und schließt die Täter künftig vom Bahnfahren aus. „Wer eine Gefahr für andere Menschen darstellt, erhält ein Hausverbot und einen Beförderungsausschluss“, erläutert Höll. In Bayern lag die Zahl der Angriffe auf DB-Mitarbeiter konstant bei 220. Zum Glück sind ernste Verletzungen von Mitarbeitern die Ausnahme. Zum Schutz der Mitarbeiter werden Einsatzpläne ständig überprüft. Im Falle eines Ereignisses steht den Mitarbeitern zudem umfangreiche Unterstützung durch Psychologen und Ärzte zur Verfügung.

Bundesweit rund 3.700 DB-Sicherheitskräfte sorgen gemeinsam mit der Bundespolizei für Sicherheit in Bahnhöfen und in Zügen. Jährlich investiert das Unternehmen rund 160 Millionen Euro in die Sicherheit. □

Gleichzeitig werden für die LKW-Verkehre die Maut-Sätze gesenkt und Binnenschiffe sind nach wie vor von der Mineralölsteuer befreit. Das sind keine fairen Wettbewerbsbedingungen für die deutschen Güterbahnen!“, erklärte der Hauptgeschäftsführer.

Zur Untersuchung der Kostenentwicklungen im Schienengüterverkehr haben der VDV und die im Verband vertretenen Güterbahnen die tatsächlichen Kosten von 2010 bis 2014 und die Kostenrisiken bis 2020 anhand eines Muster-Güterzugs des kombinierten Verkehrs kalkuliert, der in dieser Konfiguration täglich und überall in Deutschland im Einsatz ist. Im Ergebnis zeigt sich, dass die Energiekosten, die Entgelte für Infrastruktur und die im nationalen und europäischen Rechtsrahmen verankerten Regelungen zur Herstellung der Interoperabilität (ETCS) für teils erhebliche Kostensteigerungen sorgen. Die mit Abstand größten Mehrkosten verursacht jedoch die Lärmreduzierung der Güterwagenflotte.

„Leise“ Güterwagen

Bis 2020 dürfen im deutschen Schienennetz nur noch „leise“ Güterwagen mit Flüsterbremsen verkehren. Dieser nachvollziehbare und notwendige Schritt, um Lärmbelastungen deutlich zu reduzieren, kostet die Branche bis 2020 knapp eine Milliarde Euro und verteuert die Transportkosten pro Zug um mehr als sieben Prozent. „Trotz Bundesförderung müssen die Güterbahnen nach aktuellem Stand den weitaus größten Teil der Lärmsanierungskosten selber aufbringen. Wenn die Lärmsanierung der Güterwagenflotte in Deutschland aus nachvollziehbaren Gründen nicht bis 2020, sondern schneller als vom Sektor angekün-

digt vollzogen sein soll, dann muss der Bund diese Umrüstung und vor allem die Betriebsmehrkosten zeitlich befristet fördern und sollte vor allem auf angedrohte ordnungspolitische Maßnahmen ab 2016 verzichten. Denn die Güterbahnen unternehmen bereits heute erhebliche Anstrengungen zur Lärmreduzierung und haben sich längst zum Umrüstungsziel 2020 bekannt“, betonte Wolff.

Sowohl die Bundesregierung als auch die EU rechnen in den kommenden Jahren mit Wachstum im Schienengüterverkehr und attestieren den ökologischen, energieeffizienten und weitgehend „elektromobilen“ Güterbahnen eine zentrale Rolle für die Zukunft.

Hohe Transportkosten

„Solche Prognosen sind erfreulich. Es muss aber seitens der Gesetzgeber noch einiges getan werden, damit aus diesen Vorhersagen auch Realität wird. Denn deutlichen Zuwachs im Güterverkehr gibt es vor allem dann, wenn die Transportkosten aus Sicht der Kunden nicht zu hoch sind. Doch genau da gerät der deutsche Schienengüterverkehr im europäischen Vergleich und im Vergleich zu LKW und Binnenschiff unverschuldet immer weiter ins Hintertreffen. Wir appellieren daher an die Bundesregierung und an die EU-Kommission, gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen sich Güterverkehr auf der Schiene positiv entwickeln kann“, bemerkte der Hauptgeschäftsführer.

VDV-Präsident Fenske machte schließlich darauf aufmerksam, dass zum Ende des Jahres die bundesweite Vernetzung bestehender Handyticketsysteme, genannt IPSI, startet. Ziel dieser VDV-Initiative und seiner Mitglieder ist es, dass ÖPNV-Kunden in

Zukunft mit der App ihres lokalen Unternehmens oder Verkehrsverbundes in ganz Deutschland Bus- und Bahntickets kaufen können.

„Die Kunden bekommen damit für ihre Fahrt in eine andere Stadt oder Region direkt das passende Ticket, ohne sich mit den unterschiedlichen Tarifen vor Ort auskennen zu müssen oder sich verschiedene Apps herunterladen. Die Branche möchte so Zugangsbarrieren abbauen und den Kunden eine bundesweit möglichst einfache Nahverkehrsnutzung ermöglichen. Das ist für uns ein zentraler Baustein für ein modernes ÖPNV-Angebot im digitalen Zeitalter“, konstatierte Fenske.

IPSI-Testbetrieb

Seit wenigen Wochen läuft bereits der Testbetrieb des IPSI-Hintergrundsystems, im November 2015 werden mit den Kölner Verkehrs-Betrieben und dem Rhein-Main-Verkehrsverbund die ersten Teilnehmer ihre Angebote für die Fahrgäste zugänglich machen. Sukzessive werden sich in den folgenden Monaten weitere große Verkehrsunternehmen wie Deutsche Bahn (DB) und Münchener Verkehrsgesellschaft (MVG) anschließen.

Präsident Fenske sieht diese Form der digitalen Vernetzung als alternativlos für die künftige Gestaltung des ÖPNV: „Moderne Mobilität funktioniert durch Vernetzung. Und das nicht nur zwischen den einzelnen Verkehrsträgern, sondern auch bei der Kundeninformation und beim Ticketing. Unsere Branche will hier mit gutem Beispiel vorangehen und den jährlich zehn Milliarden Fahrgästen des ÖPNV ein modernes und auf allen Ebenen miteinander vernetztes Angebot zur Verfügung stellen.“ □

Bahnhöfe und Züge in Bayern immer sicherer

Die Deutsche Bahn (DB) zieht mit ihrem regionalen Sicherheitsbericht 2014 für Bayern eine positive Bilanz: Gewalt und Kriminalität gehen weiter deutlich zurück. „In den vergangenen Jahren haben wir stark in die Sicherheit investiert und es so geschafft, die Bahnhöfe und Züge noch sicherer zu machen“, sagt die bayerische DB-Sicherheitschefin Petra Höll. „Die kontinuierliche Weiterentwicklung unserer Sicherheitskonzepte zahlt sich aus. Auch weiterhin hat die Bahn eine bedeutend geringere Kriminalitätsbelastung als der sonstige öffentliche Raum.“

Besonders erfreulich ist der Rückgang bei Körperverletzungsdelikten: Im Bereich der für Bayern zuständigen Bundespolizeidirektion München ist die Zahl der Körperverletzungsdelikte um sieben Prozent auf rund 2.100 Fälle zurückgegangen. „Wir ruhen uns auf diesen Werten nicht aus“, erklärt Höll weiter. So plant die DB, die Videotechnik an mehr als 100 Bahnhöfen bundesweit auszubauen. Die Bahnhöfe werden von Experten der DB und der Bundespolizei gemeinsam ausgewählt. Zugriff auf die Aufnahmen hat allein die Bundespolizei.

Bei der Bekämpfung der Buntmetallkriminalität verzeichnet das Unternehmen weitere Erfolge: Die Fallzahlen in Bayern sind im vergangenen Jahr um fast die Hälfte gegenüber 2013 auf etwa 25 Taten zurückgegangen. Ein Grund dafür

war die Festnahme eines Wiederholungstäters in Schwaben.

Der Vandalismus in Form beschädigter Sitze, zerkratzter Scheiben oder zerstörter Aufzüge blieb im vergangenen Jahr mit rund 1.250 Fällen nahezu konstant. Ein Großteil der Taten ist alkoholisierten Festbesuchern zuzuordnen. Ein weiterer Rückgang von Vandalismus ist in den Zügen der Münchner S-Bahn zu verzeichnen, nachdem dort in allen Wagen Videokameras installiert sind. Bei Graffiti registriert die DB in Bayern ebenfalls einen nahezu konstanten Wert von rund 1.250 Taten.

Die Anzahl der aufgebrochenen Fahrkartenautomaten lag im vergangenen Jahr bei 22, das waren drei weniger als 2013. Um die Zahl weiter zu reduzieren, setzt die DB auf verkürzte Entleerungszyklen und stattet ihre Automaten

Landkreis Dachau:

Neue MVV-RufTAXI-Linie

Zum 1. Mai 2015 wurde das öffentliche Verkehrsangebot im Landkreis Dachau mit einer weiteren MVV-RufTAXI-Linie erneut ausgebaut. Das MVV-RufTAXI 7321 fährt bei Bedarf nach Anmeldung und verbindet die Gemeindegebiete Odelzhausen, Sulzemoos sowie teilweise Pfaffenhofen an der Glonn mit dem S-Bahnhof Maisach. Die neue MVV-RufTAXI-Linie ermöglicht in Verbindung mit der S3 auch am späten Abend und am Wochenende Fahrten ab bzw. bis München und ist damit die ideale Ergänzung zum Fahrplan der MVV-Regionalbuslinie 732 und der MVV-RufTAXI-Linie 7320. Es gilt der MVV-Tarif. □

Energie Südbayern. Regionaler Partner der Kommunen.

Gemeinsam stark. Kommunale Partnerschaften.

Seit über 50 Jahren Energieversorger der Region.

Unsere Leistungen:

- > Entwicklung zukunftsweisender Energielösungen
- > Intelligente Energiekonzepte für Städte und Gemeinden
- > Sichere und strukturierte Energiebeschaffung und -lieferung
- > Individuelle Beteiligungsmodelle

ESB
ENERGIE SÜDBAYERN

www.esb.de/kommunen

Praxiswissen:

Veranstaltungssicherheit in Kommunen

Berufsfeuerwehr München stellt neuen „Leitfaden für Feuerwehr, Sicherheitsbehörde und Polizei sowie Veranstalter und deren Sicherheitsdienstleister“ vor

Die Anzahl an Veranstaltungen und damit verbunden die Anforderungen an die Sicherheit, haben in den letzten Jahren zugenommen. Eine Folge dieser Entwicklung ist, dass eine Vielzahl unterschiedlicher kommunaler Regelungen sowie Veröffentlichungen und Fortbildungsangebote zur Veranstaltungssicherheit erstellt wurden und bereitgestellt werden. Um in diesem Nebeneinander den Überblick zu behalten und vor allem Veranstaltungen zu ermöglichen, anstatt sie zu verhindern, hat die Berufsfeuerwehr München ihre aus dem Jahr 2012 stammende Handreichung fortgeschrieben und erheblich erweitert.

Die Grundlage für die Neuaufgabe ist das Münchener Praxiswissen, dass durch die jährliche Bear-

beitung von über 2.000 Veranstaltungen und der Prüfung von über 70 Sicherheitskonzepten pro Jahr,

ständig erweitert wird. Zusätzlich konnten neue Erkenntnisse durch die Beteiligung am nationalen, mit Experten von Polizei, Wissenschaft und Endanwendern besetzten und durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Forschungsprojekt „BaSiGo – Bausteine für die Sicherheit von Großveranstaltungen“ übernommen werden.

„Wir haben uns bewusst für den allgemeinen Begriff „Veranstaltungssicherheit“ entschieden, denn wir wollen Kommunen und Veranstalter in allen Belangen der Veranstaltungssicherheit unterstützen“, so Branddirektor Peter Bachmeier, der die fachliche Verantwortung für die Neuaufgabe bei der Berufsfeuerwehr München übernommen hat. „Wir streben analog zur 2. Auflage eine Empfehlung durch das Bayerische Staatsministerium für Inneres, Bau und Verkehr an. Zusätzlich soll der neue Leitfaden in den Gremien der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in Deutschland vorgestellt werden“, so Bachmeier weiter.

Das Ziel der Berufsfeuerwehr München ist es, Praxis und Wissenschaft so zu verbinden und die Ergebnisse aufzubereiten, dass das Wissen universell anwendbar, leicht verständlich und der Prozess „Veranstaltungssicherheit“ damit transparent gestaltet werden kann. Der neue Leitfaden soll daher nicht nur in Bayern, sondern bundesweit umsetzbar und anwendbar sein. Er verfolgt dabei nicht den Anspruch andere Papiere zur Veranstaltungssicherheit zu verdrängen, sondern durch aktuelle Erkenntnisse und erfolgreich in der Praxis angewandte Lösungsansätze zu ergänzen.

Der Leitfaden orientiert sich daher am folgenden Aufbau:

- Einführung in das „System Veranstaltung“
- Einordnung der beteiligten Akteure
- Unterteilung der Veranstaltung in Phasen, um Bearbeitungsschwerpunkte zu erkennen
- Festlegung der Verantwortlichkeiten durch eine klare Rollenverteilung
- Benennung und Erläuterung der Inhalte des Sicherheitskonzeptes
- Beschreibung des Genehmigungsverfahrens
- Planung für und Reaktion auf

sicherheitsrelevante Ereignisse anhand verschiedener Arten des Betriebes während der Durchführung der Veranstaltung

- Nachbereitung der Veranstaltung durch die beteiligten Akteure.
- Die Anlagen des Leitfadens enthalten darüber hinaus Merk- und Infoblätter zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten wie „Sicherheitsabsperungen“, „Verwendung von Pyrotechnik“ oder „Empfehlungen zur Nutzung von Farbpulver bei „Holi-Festivals“.

Präsentation in Hannover

Der neue Leitfaden wird auf der Weltleitmesse für den Brand- und Katastrophenschutz, Rettung und Sicherheit „Interschutz 2015“ vom 8. bis 13. Juni in Hannover auf dem gemeinsamen Stand von AGBF Bund und vfd e.V. (Halle 13, Stand C 38) auf der Themeninsel Vorbeugen der Brand- und Gefahrenschutz vorgestellt und anschließend zum kostenlosen Download auf der Internetseite der Berufsfeuer-



Gemeinsame Lagebesprechung. □

wehr München zur Verfügung stehen.

Daneben ist mit Unterstützung des Bayerischen Gemeindetages und des Bayerischen Städtetages eine kostenlose Abgabe in gebundener Form an bayerische Kommunen geplant.

Landeshauptstadt München Kreisverwaltungsreferat, Hauptabteilung IV – Branddirektion,

Einsatzvorbeugung (Hrsg.): Veranstaltungssicherheit – Leitfaden für Feuerwehr, Sicherheitsbehörde und Polizei sowie Veranstalter und deren Sicherheitsdienstleister, München.

Weitere Info: www.muenchen.de/branddirektion-veranstaltungssicherheit

Dennis Vosteen, Branddirektion München



Realistische Übung im Kleinen mit dem Schaumtrainer. □

Schaum marsch!

Ein Tanklastzug voll Kraftstoff brennt. Dieses Szenario zu beherrschen, lernen die bayerischen Feuerwehren jetzt mit einem neuen Übungsgerät – dem Schaumtrainer. Die Versicherungskammer Bayern rüstet für 400.000 Euro alle 96 Landkreise und Kreisfreien Städten in Bayern mit jeweils einer Anlage aus.

Die Sponsoring-Aktion ist Teil eines gemeinsamen Projektes der drei Staatlichen Feuerweherschulen, des Landesfeuerwehrverbandes und der Versicherungskammer Bayern. Florian Ramsel, bei der Versicherungskammer verantwortlich für die Feuerwehr-Förderung, begründet das Engagement: „Schadenverhütung und Schutz der Feuerwehrleute sind uns traditionell ein besonderes Anliegen. Der Schlüssel dazu ist eine fundierte Ausbildung.“

Mobile Anlage

Die Feuerwehrleute können mit dem Schaumtrainer alle gefährlichen Situationen in verkleinertem Maßstab mit geringen Mengen Brennstoff und Löschmittel simulieren. Die mobile Anlage umfasst alle für einen Schaumeinsatz notwendigen

Strahlrohre, Schläuche und Gerätschaften.

In Miniaturgröße zu trainieren, löst ein großes Problem der Ausbildung, denn zuvor konnten die Einsatzkräfte sich lediglich in der Theorie auf den Ernstfall vorbereiten. Schließlich ist es undenkbar, aus Übungszwecken einen Tanklastzug in Brand zu setzen. „Mit dem Schaumtrainer können wir im Kleinen realistisch üben, was im Großen aus Kosten- und Umweltgründen nicht möglich ist“, führt Dr. Christian Schwarz, der Leiter der Staatlichen Feuerweherschule Geretsried aus.

Die Staatlichen Feuerweherschulen bieten ein zweitägiges Seminar für die Ausbilder der Feuerwehren an. Diese lernen in dem Kurs, wie sie ihre Kameradinnen und Kameraden mit dem Schaumtrainer praxisnah und spannend schulen können. □

Kaum noch Fehlzeiten

Rettungszweckverband Würzburg verbessert Notarzdienst in Main-Spessart

Main-Spessart. Das reformierte Honorarsystem für Bayerns Notärzte sorgt für Unmut. In mehreren Städten gab es Protest, einige Notärzte wollen unter den neuen Honorarbedingungen ab 1. April keine Dienste mehr übernehmen. Befürchten sie doch massive finanzielle Einbußen. Notärzte im ländlichen Raum allerdings werden von der Reform profitieren, hieß es am Donnerstag bei der Versammlung des Zweckverbands für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung in Würzburg.

„Die Reform will den Dienst an einsatzschwachen Standorten wie Gemeinden oder Arnstein attraktiver machen“, erläuterte Paul Justice von der Geschäftsleitung des Rettungszweckverbands. Insgesamt wuchs nach seinen Informationen der Vergütungstopf für den Notarzdienst: „Allerdings werden die Honorare umverteilt.“ Während Notärzte in ländlichen Regionen bis zu 25 Prozent mehr Honorar erhalten sollen als bisher, könnten die Honorare bei städtischen Notärzten um über 15 Prozent zurückgehen.

Reformziele

Für Justice sind die Reformziele nachvollziehbar: „Kommt es bei einem Standort im ländlichen Raum zu einem einzigen Notfalleinsatz in 24 Stunden, ist die Motivation nicht hoch, dort Dienst zu tun.“ Durch die Honorarreform werde es wahrscheinlicher, dass sich Notärzte, die an der Würzburger Uniklinik tätig sind, zu Diensten in Main-Spessart bereit erklären.

Der Würzburger Dienst sei durch die Reform nicht gefährdet: „Wir sehen gegenwärtig keine Gefahr für die Besetzung der beiden Notarzdienste.“ Es gebe in Würzburg vielmehr Wartelisten: „So dass kurzfristig neue Notärzte gewonnen werden könnten.“ Außerdem könnten die Würzburger Kliniken stärker in den Notarzdienst eingebunden werden.

Honorarsystem

Besonders kritisch sieht aber auch Justice, dass Notärzte, die zu Spitzenzeiten außerhalb des Dienstplans gerufen werden, wenn alle ihre eingeteilten Kollegen besetzt sind, künftig nur noch 70 Euro pro Einsatz erhalten sollen. „Diese Spitzenabdeckung wird jedoch noch einmal deutlich verändert werden“, verspricht der Rettungsdienstexperte, der im Vorstand der bayerischen Arbeitsgemeinschaft der Zweckverbände für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung mitwirkt. Auch wird nach seinen Informationen das Honorarsystem an sich noch

einmal auf den Prüfstand gestellt.

Der Rettungszweckverband Würzburg bemühte sich in den vergangenen Jahren, den Notarzdienst im ländlichen Raum zu stärken. Mit Erfolg. So waren 2009 noch zwischen 350 und 550 Notarzdiensten pro Quartal in Arnstein unbesetzt. Inzwischen gibt es nur noch selten unbesetzte Dienste. Auch in Gemeinden konnten die Besetzungsprobleme nahezu vollständig behoben werden. Hier fehlten im ersten Quartal 2009 noch 255 Stunden. Die unbesetzten Zeiten wurden seither um rund 90 Prozent minimiert.

Im gesamten Verbandsgebiet fehlten im vergangenen Jahr laut der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern (KVB) 413 Stunden. Wie Heiko Keller, Fachreferent Notdienste in der KVB-Bezirksstelle Unterfranken, mitteilte, stieg damit die Gesamtzahl der Fehlstunden im Vergleich zu 2013 um 36 Stunden an. Abgeleistet wurden im Verbandsgebiet rund 96.000 Stunden Notarzdienst.

Unterbringung von Notärzten

Für Verbesserungen sorgte die KVB im vergangenen Jahr, was die Unterbringung von Notärzten am Standort Gemeinden anbelangt. Auswärtige Notärzte sind neuerdings in einem Hotel in unmittelbarer Nähe der Rettungswache untergebracht. Die Kosten trägt die KVB.

Einen neuen Standort wird auch die vom BRK betriebene Rettungswache in Markttheidenfeld erhalten. Die Stadt hatte den Vertrag gekündigt, da das jetzige Gebäude abgerissen werden soll, um darauf ein Feuerwehrzentrum zu bauen. An der Ortseinfahrt Hafenlohr, etwa 2,3 Kilometer vom aktuellen Standort entfernt, soll nun eine neue Rettungswache gebaut werden. Der Baubeginn steht kurz bevor, bis Jahresende soll die neue Wache bezugsfertig sein.

Deutlich zugenommen haben die Krankentransporte in Main-Spessart, wie eine Auswertung der Statistiken von 2011 bis 2013 ergab. Aus diesem Grund soll nun die Vorhaltung von Krankentransportwagen um 31 Stunden pro Woche erhöht werden. Der BRK-Kreisverband wurde damit beauftragt, einen Dienstplan zu entwerfen, der die Erweiterung der Betriebsstunden berücksichtigt. Pat Christ

Ganz Bayern in 60 Minuten.

Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region

* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen. Mehr unter: www.tvbayernlive.de

Fachtagung in Dresden:

„Stadt- und Außenbeleuchtung“

Smart Beleuchtung oder smartes Licht wird künftig immer mehr Einzug halten in Wohnräumen und -häusern, Bürogebäuden, Freiflächen und in der Straßenbeleuchtung der Städte. Im Mittelpunkt steht dabei eine Erhöhung von Wohn- und Lebensqualität, Sicherheit und effizienter Energienutzung auf Basis vernetzter und fernsteuerbarer Geräte und Installationen sowie automatisierbarer Abläufe. Tatsache ist: Die smarte Welt wird sich immer weiter entwickeln und viele Entwicklungen dazu stehen heute noch in den Kinderschuhen.

Ziel der deutschlandweit größten Fachtagung zur Stadt- und Außenbeleuchtung in Dresden war es - zusätzlich zur Weiterbildung der Teilnehmer - den eigentlichen Nutzern (Städte, Gemeinden), den Dienstleistern (Stadtwerke, Energieversorger) und den Herstellern der Straßenbeleuchtung eine Plattform für den Erfahrung- und Informationsaustausch zu geben. Veranstaltet u. a. von der TU Dresden und unter Mitträgerschaft der Deutschen Lichttechnischen Gesellschaft (LiTG), lud neben einem thematisch ansprechenden Programm die begleitende Fachausstellung zur Produktbesichtigung ein.

Themenblöcke

Vor über 200 Teilnehmern stand neben technischen Themen wie z. B. mobile Beleuchtungs-

stärkemessungen als Grundlage für Lichtmasterpläne oder Überspannungsschutz von LED Leuchten und rechtlichen Themenblöcken (z. B. interkommunale Zusammenarbeit bei der Neuorganisation der Straßenbeleuchtung, produktbezogene Ausschreibungen von Lieferleistungen oder der Abgrenzung gemeinsam genutzter Anlagen und daraus resultierender Rechtsfolgen) auch ein Themenblock zu ausgewählten Fragestellungen der letzten Tagung (Erneuerungsmaßnahmen unter Nutzung von KfW-Förderprogrammen, Beleuchtung in der Außenraumgestaltung, Möglichkeit und Grenzen der Prüfsysteme) auf dem Programm.

Die Abendveranstaltung sorgte schließlich für vertiefende Gespräche zu den Vortragsthemen. **DK**

Mailand erscheint in neuem Licht

An vielen Ecken schon leuchtende Farben, teils noch immer eingerüstete Gebäude; ganz neue, riesige Hotels in der Nähe des Messegeländes neben wie frisch aus dem Boden gestampften, glitzernden Stadtvierteln – ganz Mailand erscheint für die Weltausstellung, die am 1. Mai begann, in völlig neuem Licht.

Als erste italienische Großstadt hatte sich Mailand für die großflächige Umrüstung ihrer Straßenbeleuchtung auf LED entschieden. Erhebliche Einsparungen an Energie- und Wartungskosten lockten die Stadtväter ebenso wie modernstes Leuchten-Design und deutlich besseres Licht in den Straßen und Gassen der Metropole. Die intelligente Steuerung – wenn man so will das „Gehirn“ – jeder einzelnen dieser neuen Straßenleuchten kommt von Osram: Das elektronische Betriebsgerät „Optotronic 3DIM“. Es gewährleistet die zeitliche Lichtsteuerung durch die Nacht sowie die optimale Steuerung der LED, besonders bei hohen und niedrigen Temperaturen.

Dabei erfüllt es bereits alle kommenden Anforderungen der EU-Direktive „Eco design of Energy Using Products“ und ist auch für künftige LED-Generationen gerüstet. Durch diesen Einsatz in Mailand wird erstmals die so genannte AstroDim-Funktion auch in Europa in wirklich großem Maßstab eingesetzt. Damit hält die intelligente LED-Straßenbeleuchtung auch auf diesem Kontinent ihren Einzug.

„Alle guten Gründe sprachen für die Wahl des Osram-Produktes. Zuverlässiger Überspannungsschutz, große Funktionsvielfalt und leichte Installierbarkeit, um nur einige zu nennen. Und auch im Hinblick auf die Einsparungen an Energie – und somit mittelbar an Treibhausgasen und die dadurch gewährleistete ökologische Nachhaltigkeit – setzen wir jetzt die derzeit beste zur Verfügung stehende Technologie ein“, sagt Alessandro Cini, CEO des italienischen Leuchtenherstellers AEC Illuminazione, der einen großen Teil der Ausschreibung des regionalen Energieversorgers (A2A S.p.A.) für Mailand gewann.

Allein 85.000 der insgesamt 141.000 ausgetauschten Mailänder Straßenlaternen kommen aus seinem Hause – mag sein, dass der

Name der erfolgreichen Serie etwas dazu beigetragen hat. „ITALO“, hat AEC sie genannt.

„Ein wesentlicher Vorteil unserer Betriebsgeräte ist deren hohe Flexibilität um solche größeren optimalen Projekte bedienen zu können“, erklärt Hannes Wagner, der bei Osram das Projekt technisch betreute. „So decken die Vorschaltgeräte bereits von Haus aus alle wichtigen Steuerungs- und Einsatzmöglichkeiten ab. Für AEC konnten wir außerdem eine deutliche Erleichterung in der Parametrisierung der Geräte einrichten.“

Beste Sichtbedingungen

Bereits im ausgeschalteten Zustand bereichern die ITALO-Leuchten berühmte Straßen und Plätze Mailands durch makelloses italienisches Design, zum Beispiel Corso Buenos Aires, Viale Sarca, Viale Forlanini und Bastioni di Porta Venezia, sowie prominente Viertel, etwa um den Sitz der Regionalregierung der Lombardei herum, den Mode-Hotspot Zona Tortona, Bicocca mit seiner Universität und die bei jungen Leuten besonders angesagte Area Navigli. Eingeschaltet sorgen sie mit brillantem Licht für beste Sichtbedingungen bei gleichzeitiger hoher Energieeinsparung.

Insgesamt rechnet Mailand mit über 50 Prozent weniger Stromverbrauch durch den Umstieg auf LED, ein guter Teil davon wird durch den modernen Osram-Treiber möglich. Der verfügt unter anderem über drei Ansteuerungs- und Dimm-Möglichkeiten: Von den klassischen Zwei-Stufen, über die eingebaute astronomische Uhr bis hin zur Integration in digitale Telemanagementsysteme via DALI-Interface.

DALI ist ein Protokoll in der Gebäudeautomatisierung zur Steuerung lichttechnischer Betriebsgeräte, das etwa bidirektionale Kommunikation und stufenloses Dimmen, Statusabfragen der



In Passau wurde für eine Stunde die Beleuchtung des Stephandoms, der Wallfahrtskirche Maria Hilf, des Oberhauses und des Rathauses abgeschaltet.

Erstes Freisinger Lichtforum:

„Licht und Stadt“

Beleuchtung soll funktionell, ökologisch vertretbar und sicher sein. Aber sie bietet auch die Möglichkeit zur Inszenierung und Steigerung der Attraktivität für Bewohner, Touristen und den Einzelhandel einer Stadt: Vor diesem Hintergrund wurde das erste Freisinger Lichtforum „Licht und Stadt“ veranstaltet. Es richtete sich sowohl an die Bürger als auch an Vertreter aus Politik, Verwaltung, Handel und Gewerbe.

Tatsache ist: Der öffentliche Raum gewinnt zunehmend an Bedeutung im Wettstreit der Städte, insbesondere in Ballungsgebieten. Hierzu zählt, dass die „weichen Standortfaktoren“, auch und gerade die Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raumes und das Stadtbild, bewahrt und ausgebaut werden. Zusätzlich erfordert der Wunsch, öffentliche Plätze in den Abendstunden intensiv zu nutzen, eine Neuordnung und Interpretation der öffentlichen Beleuchtung.

Im Zuge der Innenstadtkonzeption Freising wurde klar, dass als Steuerinstrument und Basis künftiger Beleuchtungsmaßnahmen ein Beleuchtungskonzept (Straßen- und Platzbereiche, offene Moosach, Fassaden) für die Innenstadt erforderlich wird. In den Planungen zu deren Neugestaltung sollen folglich auch die Rahmenbedingungen für den Bereich der Stadtbeleuchtung für die

nächsten Jahre festgelegt werden. Dafür bot das Freisinger Lichtforum eine wichtige Plattform.

Nach Begrüßungsworten von Oberbürgermeister Tobias Eschenbacher hielten Experten Kurzvorträge zu Licht und Lichtgestaltung im öffentlichen Raum. Im Anschluss wurde der Stand der Planungsüberlegungen zur Gestaltung des Lichtraums in der Hauptstraße und an den Eingängen der Innenstadt aufgezeigt. Andreas Voigt von den Stadtwerken Freising erläuterte seinerseits die technischen Rahmenbedingungen.

Den „Verlust der Nacht“ kommentierte das Umweltamt der Stadt. Nach Diskussionsrunden mit den Referenten, Planern und Architektur Aktuell e. V. wurden schließlich die Lichtspots am Marienplatz und in der Hauptstraße bis zum Einbruch der Dunkelheit gemeinsam besichtigt. **DK**

Leuchtmittel und Vorschaltgeräte sowie deren direkte Adressierung bietet. Alternativ können die Leuchten, dank der integrierten astronomischen Uhr, die Sonnenaufgangs- und -untergangszeit berechnet, wahlweise mit voreingestellten Werten oder individuell programmiert in Stufen autonom gedimmt werden (AstroDim). Außerdem ist die in Europa weit verbreitete Zwei-Stufen-Dimmung (Halbnachtschaltung) über eine gesteuerte Phase möglich (StepDim).

Optotronic-Betriebsgeräte liefern elektronisch stabilisierten Gleichstrom bei höchstem Wirkungsgrad. Die galvanische Trennung zwischen Primär- und Sekundärseite sowie die reversiblen Schutzmechanismen bei Überlast, Kurzschluss und Übertemperatur ermöglichen einen sicheren und zuverlässigen LED-Systemaufbau. So schützt der das Gerät gegen bis zu 6 kV Überspannung in den Schutzklassen I und II, mit der nächsten Generation 4DIM werden sogar Werte von 8 kV Überspannungsschutz erreicht. Dank des Kunststoffgehäuses mit Vollverguss ist es gegen Witterungseinflüsse, Insekten und Erschütterungen resistent. Seine Lebensdauer ist auf bis zu 100.000 Betriebsstunden ausgelegt.

Die Umrüstung auf die neuen Straßenleuchten verlief in Mailand in Rekordzeit. Bereits in den ersten drei Monaten konnten über 40.000 Leuchten durch AEC Illuminazione ausgeliefert werden, sodass der Austausch durch A2A planmäßig im Sommer 2014 begann. Bis Februar 2015 waren dann alle Arbeiten abgeschlossen. „Hier haben wir ebenfalls enorm von unserer guten Zusammenarbeit mit Osram und deren Erfahrung in der zügigen Abwicklung von Großprojekten profitiert“, erklärt Cini. **□**

Earth Hour 2015:

Bayerische Städte in Aktion

Auch der Freistaat machte für eine Stunde das Licht aus: 32 bayerische Städte beteiligten sich Ende März an der weltweiten Klimaschutzaktion „Earth Hour“. Vor allem öffentliche Gebäude und zentrale Plätze wurden für 60 Minuten in Dunkelheit gehüllt. Aber auch Privatpersonen konnten mit dem Verzicht auf elektrisches Licht in ihrem Haus oder in ihrer Wohnung einen symbolischen Beitrag leisten. Die Aktion des WWF fand heuer zum neunten Mal statt.

Tradition in der Region

Fast alle größeren Städte wie München, Nürnberg, Regensburg, Bayreuth, Aschaffenburg, Würzburg, Kempten, Landshut und Passau nahmen an der Earth Hour 2015 teil. Auch in der Region hat der Aktionstag bereits Tradition. So wurde beispielsweise die Beleuchtung des Nördlinger Wahrzeichens, des Daniel, in den vergangenen Jahren zur Earth Hour abgeschaltet.

In Landshut blieb nicht nur die Anstrahlung bzw. Außenbeleuchtung der Wahrzeichen Burg Trausnitz und Martinskirche aus: auch weitere markante Gebäude wie die Stadtresidenz, die Stadtsäle Bernlochner, das Ländtor, die Hl. Geistkirche oder das Maxwehr waren unbeleuchtet. „Die Menschen müssen bewusst mit ihrem Energieverbrauch und Konsumverhalten umgehen und dadurch das Klima und den Planeten, für sich und nachkommende Generationen schützen“, kommentierte die Klimaschutzmanagerin der Stadt Landshut, Rebecca Hartmann.

Auch Kemptener Gebäude ereilte das gleiche „Schicksal“: Von 20.30 bis 21.30 Uhr wurden stadtprägende Wahrzeichen wie der gesamte Hildegardplatz, die St.-Lorenz-Basilika sowie die St.-Mang-Kirche und die Burghalde per Knopfdruck in Dunkelheit versetzt.

In Nürnberg lagen die Kaiserburg, die Lorenz-, Sebalds- und Frauenkirche sowie der Schöne Brunnen im Dunkeln, um ein Zeichen für Energiesparen und Klimaschutz zu setzen. In Fürth wurden die Lichter des Rathauses und an Sankt Michael ausgeschaltet, in Erlangen gingen die Scheinwerfer am Markgräflichen Schloss aus. In Oberfranken beteiligten sich Hof, Marktredwitz und Pegnitz an der Earth Hour. Außerdem verlöschten die Lichter am Bayreuther Festspielhaus und am Weltkulturerbe Markgräfliches Opernhaus. In Coburg lag die Veste im Dunkeln.

Die Stadt Würzburg schaltete die Beleuchtung von Festung, Käppele, Dom und Rathaus ab. In Aschaffenburg wiederum wurden die Strahler der Außenbeleuchtung von Schloss Johannisburg, Pompejanum und Stiftsbasilika für eine Stunde ausgeschaltet. **DK**

LEW

Lechwerke

LEW INNOVATIONSPREIS KLIMA UND ENERGIE.

Die Auszeichnung für innovative Projekte aus den Bereichen Klimaschutz und Energieeffizienz. Dotiert mit insgesamt 45.000 Euro.

Mehr Infos und Teilnahmeunterlagen unter www.lew.de/innovationspreis

JETZT BEWERBEN

Augsburger Allgemeine
Alles was uns bewegt

IHK Schwaben

UNA
Universität
Augsburg
University

Hochschule
Augsburg University of
Applied Sciences

hwk
Handwerkskammer
für Schwaben

BAYERISCHER
GEMEINDETAG

Fachtagung im LfU Augsburg:

Wertstoffhof 2020

Unter der Schirmherrschaft des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz wurden im Herbst 2014 die unterschiedlichsten Erfahrungen aus dem Betrieb von über 280 Wertstoffhöfen abgefragt und gebündelt. An der Umfrage beteiligten sich 52 Landkreise, 16 kreisfreie Städte sowie weitere 28 kreisgebundene Städte und Gemeinden, die etwa 70 % der bayerischen Bevölkerung repräsentieren und zusammen über 1.120 Wertstoffhöfe betreiben. Die zugehörige Studie „Wertstoffhof 2020“ wurde nun im Rahmen einer zweitägigen Fachveranstaltung im Bayerischen Landesamt für Umwelt in Augsburg erstmals der breiten Öffentlichkeit vorgestellt und mit Vorträgen der mitwirkenden Organisationen vertieft.

Anhand der Themen Unfallverhütung, Service und Nutzerfreundlichkeit diskutierten Experten mit Blick auf die demografische Entwicklung die Anforderungen an den täglichen Betrieb von Wertstoffhöfen. Zudem wurden professionelle Lösungen zur Erfassung von Daten bzw. der optimierten Lenkung von Verkehrsströmen vorgestellt.

Einen besonderen Stellenwert nahm auf der Tagung die Novelle des ElektroG ein, denn die künftigen Anforderungen aus dem Gesetz werden die Infrastruktur am Wertstoffhof verändern. Schon heute müssen bei der Organisation der Sammlung von Elektroaltgeräten die Gefahren des Transports von Elektroaltgeräten mit Lithium-Batterien berücksichtigt werden.

Am zweiten Tag wurden herausragende Wertstoffhöfe in Großstädten präsentiert. Welche Rolle diese kommunalen Einrichtungen bei der künftigen Ressourcensicherung haben und ob sich daraus ein neuer Umgang mit Wertstoffen entwickeln soll, wurde im abschließenden Block Ressourcen diskutiert.

Handlungshilfe

Wie Ulrike Scharf MdL, Bayerische Staatsministerin für Umwelt und Verbraucherschutz, betonte, habe das damalige Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen bereits 1994 erkannt, welche Relevanz der flächendeckenden und bürgerfreundlichen Erfassung von Wertstoffen zukommt und mit dem Wettbewerb „Der vorbildliche Wertstoffhof“ einen wichtigen Meilenstein bei den Bemühungen um eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft gesetzt. 20 Jahre später sei die nun vorliegende Broschüre mehr als ein Loblied auf „den Wertstoffhof“; sie stelle eine Handlungshilfe für Kommunen, Planer und alle Beteiligten in der Entsorgungskette dar und biete konkrete Hinweise, mit welchen organisatorischen und bautechnischen Maßnahmen sich kommunale Sammelstellen für die Zukunft rüsten können.

Änderung im System

Laut Claus Hensold, Bayerisches Landesamt für Umwelt, gibt es in Bayern über 1.600 Wertstoffhöfe. Eine von der ia GmbH – Wissensmanagement und Ingenieurleistungen im Herbst 2014 durchgeführte Umfrage habe ergeben, dass 72 % der verantwortlichen Kommunalverwaltungen planen, eine Änderung im System oder an einzelnen Wertstoffhöfen vorzunehmen. 20 % der öffentlich rechtlichen Entsorgungseinrichtungen wollten die Anzahl der Wertstoffhöfe wesentlich reduzieren. Dies bedeute, dass künftig bisher als Wertstoffhof genutzte Flächen frei werden und für eine neue Nutzung zur Verfügung stehen.

Aus kommunaler Sicht sollen Hensold zufolge freiwerdende Flächen frühzeitig im Rahmen eines kommunalen Flächenmanagements auf ihre künftigen Nutzungsmöglichkeiten geprüft werden. Das Flächenmanage-

ment basiere dabei auf der systematischen Erfassung und Aktivierung der vorhandenen Innenentwicklungspotenziale. Mit der Flächenmanagement-Datenbank stelle das Landesamt für Umwelt den bayerischen Städten und Gemeinden ein erprobtes und bereits vielfach genutztes Hilfsmittel für das kommunale Flächenmanagement kostenlos zur Verfügung.

Hensold: „Die Erfahrung zeigt, dass der Großteil der Innenentwicklungspotenziale aus Baulücken (Flächen mit Baurecht und meist vorhandener Erschließung) besteht. Ein weiteres großes Potenzial sind Leerstände und untergenutzte Gebäude (oftmals landwirtschaftliche Hofstellen im ländlichen Raum). Schließlich können auch gewerblich, industriell oder militärisch vorgenutzte Flächen mit Hilfe des Flächenrecyclings für die Innenentwicklung genutzt werden. Flächen nicht mehr genutzter Wertstoffhöfe fallen im Rahmen des Flächenmanagements in die Kategorie Flächenrecycling. Sie können ein Potenzial für die Innenentwicklung sein.“

Nicht mehr genutzte Wertstoffhöfe außerhalb des bebauten Gebiets stellen dagegen kein Potenzial für die Innenentwicklung dar, fuhr Hensold fort. Sie könnten jedoch durch Rückbau und ökologische Aufwertung die Basis für ein kommunales Öko-konto sein. Dieses sei ein Instrument zur vorgezogenen Sicherung und Bereitstellung von Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, mit denen künftige Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft ausgeglichen werden können.

Flächenmanagement

Hensold verwies darauf, dass bei einer anstehenden Nutzungsaufgabe von Wertstoffhöfen alle Beteiligten frühzeitig die künftigen Nutzungsmöglichkeiten für die Flächen diskutieren sollten. „Das Flächenmanagement kann einen geeigneten Rahmen hierfür bieten und die Einzelfläche in ein gesamtgemeindliches Siedlungskonzept einbinden.“

Mit „Rohstoffstrategien am Wertstoffhof“ befassten sich in ihrem Vortrag Dr.-Ing. Matthias Franke, Stephanie Kroop sowie Katharina Reh vom Fraunhofer-Institut für Umwelt, Sicherheits- und Energietechnik UMSICHT. Ihrer Auffassung nach sollte in einem ersten Schritt beim Bürger ein Bewusstsein für die in Abfallströmen enthaltenen Wertstoffe geschaffen werden. Dabei sollte dieser dafür sensibilisiert werden, welches Wertstoffpotenzial die von ihm angelieferten Sammelfraktionen beinhalten können und welche Folgen eine unsachgemäße Entsorgung unter Umständen haben kann. Hierfür böten sich plakative Darstellungsformen an, da sie auf den ersten Blick Aufmerksamkeit und Interesse wecken.

Weiterführende Informationen könnten auf den Wertstoffhöfen in Form von Plakaten oder Beschilderungen an den Containern einfließen, um den Bürger die richtige Trennung der Einzelaktionen zu erleichtern. Eine weitere Möglichkeit der Bürgerin-

formation böten Abfall-Apps, die bereits für einige Regionen verfügbar sind. So biete der Abfallwirtschaftsbetrieb München auf seiner Webseite den Bürgern die Möglichkeit des kostenlosen Downloads ihrer „AWM App“.

Darüber hinaus erscheint es den Experten sinnvoll, über die Schaffung von Transparenz teilweise bestehende Vorurteile von Bürgern gegenüber der Abfallwirtschaft auszuräumen. Auch gelte es die Attraktivität der Wertstoffhöfe zu erhöhen und sie in den Köpfen der Bürger zu institutionalisieren. Dafür wäre vorstellbar, auf Wertstoffhöfen diverse Dienst- und Serviceleistungen anzubieten. Aus abfallwirtschaftlicher Sicht wurden sogenannte Repair-Workshops oder Repair-Cafés genannt, in deren Rahmen unter Anleitung defekte Geräte in Eigenregie oder durch einen Fachmann repariert werden können. Auf diese Weise werde das Ziel einer verstärkten Vermeidung von Abfällen adressiert und ein Bewusstsein für die Problematik geschaffen.

Komprimierte Wegeketten

In diesem Zusammenhang wurde auch die Integration eines Gebrauchtgüterkaufhauses genannt, das die Wieder- und Weiterverwendung von „Abfällen“ ermöglicht. Darüber hinaus wäre auch die regelmäßige Organisation von Flohmärkten und Tauschbörsen denkbar. So entständen „komprimierte Wegeketten“, die die geschickte Verknüpfung regelmäßig notwendiger Erledigungen ermöglichen und als ein vielversprechendes Instrument anzusehen sind, wenn es darum gehe, die Attraktivität der Wertstoffhöfe zu erhöhen.

Um die Sensibilität für den Rohstoffgehalt im Abfall in der Gesellschaft langfristig zu steigern, erachten Franke, Kroop und Reh es als wichtig, das entsprechende Bewusstsein möglichst frühzeitig zu schaffen und zu schärfen. Die Integration der Thematik in die Schulbildung er-

Kasseler Abfall- und Bioenergieforum:

Spannende Perspektiven

Beim 27. Kasseler Abfall- und Bioenergieforum mit dem Schwerpunkt Bio- und Sekundärrohstoffverwertung standen Themen wie Vergärungsverfahren, die Erfassung und Verwertung von Bioabfällen, die Wertstofffassung, aber auch die generellen Perspektiven der Abfall- und Ressourcenwirtschaft auf dem Programm.

In über 60 Fachreferaten präsentierten namhafte Referenten aus Politik, Verbänden, Wissenschaft sowie aus der kommunalen und privaten Abfallwirtschaft den aktuellen Sachstand und zeigten Konsequenzen, Lösungsansätze und Perspektiven auf. Begleitet wurde das unter der Schirmherrschaft des Bundesumweltministeriums stehende und vom Witzhausen-Institut veranstaltete Forum von einer Kongressmesse mit 70 Fachausstellern.

Wichtiger Marktplatz

Gunther Adler, Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, begrüßte die annähernd 1.000 Teilnehmer und verwies auf die Bedeutung der Veranstaltung als ein hervorragendes Forum zur Diskussion der spannenden abfallwirtschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahre. Zudem würdigte er die begleitende Kongressmesse als einen wichtigen Marktplatz für nationale und internationale Recyclingtechnologien.

Angesichts des ständig steigen-

scheine somit unerlässlich. Dies könne im Schulalltag beispielsweise durch Projekttage, Schulausflüge zu Wertstoffhöfen oder Spiele und Wettbewerbe zum Thema Mülltrennung realisiert werden. Hier könne es sinnvoll sein, dass durch die Wertstoffhöfe bei den Schulen auf bestehendes Unterrichtsmaterial (z. B. Deutsche Umwelthilfe, BMUB-Kids, Materialien zur Unterrichtspraxis) aufmerksam gemacht wird oder durch die Wertstoffhöfe selbst Lehr- und Informationsmaterial in Form von Flyern, Spielen oder Postern für die im Einzugsgebiet angesiedelten Schulen zur Verfügung gestellt wird.

Systeme optimieren

„Hinsichtlich der Abschöpfung zusätzlicher Wertstoffe aus dem Restmüll ist momentan eine Nachsortierung des Restabfalls zur zusätzlichen Gewinnung hochwertiger Wertstoffe nicht zu empfehlen“, unterstrichen Markus Hertel, Sarah Meyer, Hermann Nordsieck und Prof. Dr. Wolfgang Rommel vom bifa Umweltinstitut. Vielmehr seien bestehende Erfassungssysteme und Alternativen für eine erweiterte Erfassung zu prüfen.

Dabei bestimmten lokal unterschiedliche Randbedingungen das Wertstoffpotenzial und seien daher bei der Prüfung zu berücksichtigen. Gegebenenfalls müssten bestehende Systeme erweitert werden, wobei unter dem Gesichtspunkt der Effizienz und der Ressourcenschonung eine erweiterte Erfassung in Konkurrenz zu bestehenden Systemen zu vermeiden sei.

Funktionierende Systeme zur getrennten Wertstofffassung (Papier, Glas) sollten nicht verändert, gegebenenfalls aber optimiert werden, rieten die bifa-Experten. Biomasse habe den größten Anteil am theoretischen Wertstoffpotenzial im Restmüll. Empfehlenswert sei eine verbraucher-nahe E-Schrottsammlung. Mit einem hohen Erfassungsgrad für Elektro-Altgeräte könnten Gold-, Silber- und Kupfer-Anteile abgeschöpft werden. Die Möglichkeit einer nennenswerten Rückgewinnung Seltener Metalle oder Seltener Erden direkt aus dem Restmüll sei nicht abzuleiten. **DK**

GAB-Altlastensymposium am 1./2. Juli 2015 in Schweinfurt

Die Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH (GAB) veranstaltet am 1. und 2. Juli 2015 ihr diesjähriges Altlastensymposium im Konferenzzentrum Maininsel in Schweinfurt.

Ein Themenschwerpunkt wird dieses Jahr der Sanierung der „Sattler-Altlast“ in Schonungen gewidmet, Bayerns größter bewohnter Altlast. Als weitere Themenschwerpunkte bietet die GAB das Thema Flächenrecycling mit fachlichen und rechtlichen Vorträgen zu u. a. einem konkreten Sanierungsprojekt an, stellt aktuelle Entwicklungen in rechtlichen Fragen vor und widmet sich interessanten Praxisbeispielen aus der Altlastensanierung.

Zusätzlich besteht die Möglichkeit, an einer Exkursion zur Deponie bei Wirmsthal teilzunehmen. Beim Bau dieser Deponie wurde in vielen Bereichen technisches Neuland betreten.

Das Tagungsprogramm mit dem Anmeldeformular kann auf den Internetseiten der GAB unter www.altlasten-bayern.de abgerufen werden. □

100 Millionen Alt-Handys liegen ungenutzt zu Hause

Auf Basis einer repräsentativen Befragung hat der Digitalverband BITKOM errechnet, dass rund 100 Millionen alte Mobiltelefone derzeit ungenutzt in deutschen Schränken, Schubladen oder Kartons liegen. Im Jahr 2010 waren es noch 72 Millionen Altgeräte, also rund 39 Prozent weniger als heute. „Die Verkaufszahlen von Handys und Smartphones steigen seit Jahren“, sagt Isabel Richter, Umweltexpertin des BITKOM.

„Die Verbraucher wollen von den vielen Innovationen insbesondere bei Smartphones profitieren. Deshalb werden alte Geräte relativ häufig gegen neue ausgetauscht.“ Aktuell haben 84 Prozent der Bundesbürger mindestens ein unbenutztes Handy oder Smartphone zu Hause (2014: 75 Prozent), das sind 59 Millionen Menschen. 29 Prozent der Befragten horten sogar zwei ungenutzte Mobiltelefone (2014: 24 Prozent). 7 Prozent haben drei Alt-Geräte zu Hause (2014: 7 Prozent) und 5 Prozent sogar vier oder mehr Geräte (2014: 9 Prozent).

Nicht mal die Hälfte der Befragten (47 Prozent) hat schon einmal ein Mobiltelefon entsorgt. Davon haben 46 Prozent das Gerät weiterverkauft, 30 Prozent haben es verschenkt und 23 Prozent haben es zu einer Sammelstelle für Elektronikmüll gebracht. „Wer funktionsstüchtige Handys weitergibt, leistet einen Beitrag zum Umweltschutz“, sagt Richter. „Geräte, die nicht mehr benutzt werden können, sollten zu den kommunalen Sammelstellen für Elektronikmüll gebracht werden. Dort wird für die umweltgerechte Verwertung gesorgt.“

Entsorgung im Hausmüll verboten

Alte oder defekte Handys dürfen nicht in den Hausmüll geworfen werden. Das wissen inzwischen die meisten Bundesbürger. Nur noch 1 Prozent derjenigen, die schon einmal ein Handy entsorgt haben, gibt an, es auf diese Weise getan zu haben.

Entsorgung über Recyclinghöfe

Alte Handys können in den kommunalen Abfallsammelstellen kostenlos abgegeben werden. Die Standorte dieser Recyclinghöfe erfährt man bei seinem örtlichen kommunalen Abfallwirtschaftsbetrieb. Von dort gehen die Geräte in die Verantwortung der Hersteller über, die für eine umweltgerechte Entsorgung oder Wiederaufbereitung durch zertifizierte Recyclingunternehmen sorgen.

Entsorgung über den Mobilfunkbetreiber

Alle großen Netzbetreiber nehmen Altgeräte per Post zurück. Dazu können die Kunden portofreie Versandumschläge im Internet anfordern oder im Handy-Shop abholen. Einige Betreiber nehmen alte Handys auch direkt in den Geschäften entgegen. Wer sein Gerät zurückgibt, tut damit gleichzeitig etwas Gutes: Für jedes

eingesandte Mobiltelefon spenden viele Unternehmen einen Betrag an Umwelt-, Sozial- und andere Hilfsprojekte.

Entsorgung von defekten Akkus

Alt-Akkus und Batterien dürfen ebenfalls nicht in den Hausmüll geworfen werden. Wer seinen in die Jahre gekommenen Handy-Akku durch einen neuen ersetzt, muss den alten Akku ordnungsgemäß entsorgen. Dazu kann man ihn bei den örtlichen Recyclinghöfen abgeben oder dort zurückgeben, wo der neue Akku gekauft wurde.

Löschen privater Daten

Vor der Weiter- oder Rückgabe alter Handys sollten Nutzer private Daten wie das Adressbuch, Nutzerprofile von sozialen Netzwerken, Online-Banking-Zugänge oder auch Fotos und Videoclips löschen. Am einfachsten ist es, alle Nutzerdaten des Telefons über entsprechende Funktionen („Zurücksetzen des Gerätes in den Auslieferungszustand“) komplett zu löschen. Externe Speicherkarten sollten vor dem Entsorgen entfernt oder komplett mit einer speziellen Software gelöscht werden. Wer ganz sicher gehen will, dass die Daten einer externen Speicherkarte nicht wiederhergestellt werden können, sollte die Karte physisch zerstören, also beispielsweise zerschneiden.

Novellierung des Elektrogerätegesetzes

Ein Entwurf für eine Novellierung des Elektrogerätegesetzes sieht vor, dass künftig auch der Elektronikhandel bei der Rücknahme von Altgeräten stärker in die Pflicht genommen wird. So sollen unter anderem Geschäfte mit einer Elektro-Verkaufsfläche von über 400 Quadratmetern laut der Novelle verpflichtet werden, kleine Geräte bis zu einer Länge von 25 Zentimetern kostenlos zurückzunehmen. Das Gesetz ist noch nicht verabschiedet.

Zu den Details der Novellierung veranstaltet der WEEE-FULL-SERVICE der Bitkom Servicegesellschaft gemeinsam mit der Stiftung ear, dem Zentralverband Elektroindustrie, der Stiftung Gemeinsames Rücknahmesystem Batterien und den Industrie- und Handelskammern eine Roadshow, die im Juni und Juli 2015 deutschlandweit in verschiedenen Städten stattfinden wird.

Termine und Anmeldung: www.elektrog2-roadshow.de □

Ressourcenmanagement und Siedlungsabfallwirtschaft

Challenger Report zeigt Sachstand und Perspektiven auf

Um Abfälle zu einer Quelle neuer Ressourcen zu machen, muss die Kreislaufwirtschaft durchstarten. Vor welchen Herausforderungen dabei die Abfallwirtschaft steht und wie sich diese zu einem Management von Ressourcen wandeln kann, hat der Rat für Nachhaltige Entwicklung in einer Studie untersucht lassen. Der Challenger Report „Ressourcenmanagement und Siedlungsabfallwirtschaft“ von Dr. Henning Frieger (TU Dresden) zeigt Sachstand und Perspektiven auf, diskutiert Herausforderungen auf europäischer Ebene und skizziert Schritte zur nachhaltigen Ausgestaltung der Abfallwirtschaft.

Mit seiner Empfehlung „Wie Deutschland zum Rohstoffland wird“ hatte der Nachhaltigkeitsrat bereits 2011 auf die Notwendigkeit der Kreislaufführung von metallischen und mineralischen Rohstoffen hingewiesen. Darin beschreibt er die Vision einer hundertprozentigen Kreislaufwirtschaft. Um dieser Vision näherzukommen, muss die Abfallwirtschaft in Deutschland und Europa in Richtung Ressourcen-

schutz weiterentwickelt werden.

Geschichte Implementierung vonnöten

Insbesondere wird in der Untersuchung dafür plädiert, die Abfallwirtschaft von der Ressource her zu begreifen. Der Weg von einer Abfallwirtschaft zum Management von Ressourcen bedürfe nicht nur intensiver inhaltlicher Arbeit, sondern auch politischer

Einigung und geschickter Implementierung.

Verlässliche Regelungen

Stabile und verlässliche Regelungen als Ergebnis von Diskussionen mit den relevanten Akteuren – u. a. Rohstoffindustrie, Entsorger, Verbraucher, Kommunen – seien Voraussetzung für Investitionssicherheit und damit auch für die Sicherung eines wachsenden Teils der künftigen Rohstoffversorgung.

„Ist der notwendige Input für eine Recyclinganlage nicht gesichert, dann wird diese Anlage

bvse-Alttextiltag:

Kampf gegen Illegale und Kommunalisierung

Mehr als 100 Teilnehmer besuchten den 4. Internationalen Alttextiltag des bvse in Bremen. Dabei wurde deutlich, dass zwei Themen die Branche weiterhin fest im Griff haben: Wie kann man stärker gegen illegale Akteure vorgehen und wie ist kommunales Monopolisierungstendenzen zu begegnen?

Reiner Holzengel, Präsident des Bundes der Steuerzahler und Keynote-Speaker bei der Branchentagung, sieht in der Re- und Neukommunalisierung ein großes Problem. Viele Kommunen versuchten, sich durch eine wirtschaftliche Betätigung in vermeintlich gewinnträchtigen Branchen finanziell besser zu stellen. Holzengel bezeichnet dies als „Irrweg“.

Kritisches Auge

Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen laufe häufig schief, führe zu höheren Ausgaben und einer Marktverzerrung, da kommunale Betriebe teils erhebliche Wettbewerbsvorteile genießen. Zum anderen träten sie in Konkurrenz zur Privatwirtschaft und griffen deren Marktanteile ab. „Der Staat soll die Märkte als Schiedsrichter regeln aber ansonsten Raum für unternehmerisches Handeln lassen“, forderte Holzengel. Er kündigte an, die kommunalen Aktivitäten in der Abfallwirtschaft auch weiter mit einem kritischen Auge zu verfolgen.

Es mangelt am Gesetzesvollzug

Den Illegalen Sammlern entgegenzuwirken, ist so eine „Schiedsrichteraufgabe“, da waren sich die Branchenvertreter einig. Thomas Buch (Umweltministerium NRW) sieht jedenfalls in der Anzeigepflicht des KrWG eine Grundlage für die Behörden, gegen solche schwarzen Schafe vorzugehen.

Die Teilnehmer kritisierten jedoch, dass die Anzeigepflicht vor allem die ordentlich arbeitenden Unternehmen belaste und es am behördlichen Vorgehen gegen illegal agierende Akteure mangle. Zudem reagierten die Behörden zu wenig auf die zum Teil schlechte Altkleidererfassung durch Kommunen. Nässe oder Verpressung bei der Sammlung machten eine hochwertige Verwertung unmöglich. Das widerspreche der Abfallhierarchie, werde jedoch nicht geahndet.

Nicht nur über das Abfallrecht wird der Versuch unternommen, private Sammlungen einzuschränken. Wenn dies nicht zum Erfolg führt, weicht so manche Kommune auf das Straßenrecht aus. Rechtsanwältin Ann-Kathrin Sinner (Kanzlei Lankau, Dr. Weit & Collegen)

nicht gebaut“, macht Henning Frieger deutlich. „Daher sind die Sicherung des Sammelerfolgs und die Verhinderung illegalen Exports wesentliche Voraussetzungen dafür, dass unser europäisches Know-how auch zu Investitionen in Europa führt.“

Rechtliche Umsetzung

Für erste Schritte bei der rechtlichen Umsetzung des Ressourcenmanagements könnte sich laut Studie das geplante Wertstoffgesetz eignen. Hier würden Themen wie die Zielfindung für die prioritären Ressourcen, die Erarbeitung von Substitutionsquoten oder die Verpflichtung zur Dokumentation bestimmter Stoffströme (u. a. Gebäudepass) verankert werden.

Das Abfallrecht würde sodann auf die ordnungsrechtlich notwendigen Regelungen beschränkt werden können. Im Sinne des Res-

sourcenschutzes sei es wichtig, dass der „wertstoffhaltige“ Abfall definitorisch Abfall bleibt, bis er als instandgesetztes Gerät oder neuer Rohstoff wieder Produktstatus bekommt – der Zugriff auf Abfälle müsse auch deshalb limitiert werden, weil sonst ein Abfluss von Rohstoffen unvermeidlich sein dürfte.

Falsches politisches Signal

Frieger zufolge muss das Wertstoffgesetz also mehr sein als die Grundlage für eine „Wertstofftonne“; schließlich rechtfertigten vier Kilogramm mehr „Wertstoffe“ pro Einwohner und Jahr kein neues Gesetz. „Angesichts einer bisher nicht geführten politischen Diskussion über Prioritäten, Möglichkeiten und Grenzen der Sekundärrohstoff-Gewinnung wäre die Wertstofftonne als bloße Fortsetzung der Gelben Tonne ein falsches politisches Signal“, so Frieger.

Wenn Prioritäten für das Ressourcenmanagement geklärt sind, sei es sinnvoll, die Liste der deutschen Nachhaltigkeitsindikatoren entsprechend zu ergänzen. Die Statistik müsse entsprechend stärker auf Stoffströme als auf Abfallfraktionen ausgerichtet werden.

Druck erhöhen

Kurzfristig könne die Gewerbeabfall-Verordnung im Hinblick auf bessere Vortrennung von Abfällen am Anfallort verschärft und so für eine Erhöhung der stofflichen Verwertung von Abfallbestandteilen genutzt werden, heißt es in der Studie. Um in Europa den Druck auf die stoffliche Verwertung zu erhöhen und den klimapolitischen Beitrag der Abfallwirtschaft endlich zu leisten, müsse der „Ausstieg“ aus der Deponierung organischer Materialien beschleunigt und durchgesetzt werden. Parallel zu einem konsequenten Vorgehen der Kommission gegen die weitere Deponierung von Siedlungsabfall sollte der grenzüberschreitende Transport von Restabfall (vor

allem aus Süd- und Osteuropa) mit dem Ziel der energetischen Verwertung in Mittel- und Nordeuropa erleichtert werden.

Richtlinie ergänzen

Zudem sei es erforderlich, die Ökodesign-Richtlinie um Vorgaben im Sinne eines „design for repair“ für Massenprodukte wie Elektrogeräte und Möbel zu ergänzen. Um konfliktierende Ziele auszuräumen und Fehlallokationen zu vermeiden, empfehle sich die Durchführung von Pilotvorhaben bzw. Planspielen. Die EU benötige schnellstens eine für alle Mitgliedstaaten einheitliche Definition der Recyclingquote. Zu unterscheiden seien Sammelquoten, die auf die in Verkehr gebrachte Menge wie auch den Anfall an Abfällen bezogen werden können. Sortierquoten müssten dagegen auf den Output von Recyclingprozessen abheben.

Mögliche Wettbewerbsverzerrungen

Recyclinganlagen selbst bräuchten Vorgaben für Emissionsbegrenzung und technischen Standard, wie man ihn von anderen Anlagentypen kennt. Der europäische Wirtschaftsraum bedürfe einheitlicher Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, aber auch einer engagierten Überwachung, die sicherstellt, dass sich die Akteure der (Abfall-)Wirtschaft überall an die Vorgaben halten. Es könnte, so Frieger, hilfreich sein, den Vollzug auch von europäischen Behörden kontrollieren zu lassen – entsprechende Initiativen aus der Kommission habe es bereits vor einigen Jahren gegeben. Andernfalls bestehe weiter die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen.

Auch auf der europäischen Ebene müsse der Dialog mit der Wirtschaft über Ziele der Rohstoffrückgewinnung geführt werden. Als Leitgrößen sollten Substitutionsquoten dienen, die den Erfolg Europas auf dem Weg zur Ressourcenökonomie messen. **DK**

Internationaler Altpapiertag des bvse e.V.:

Schaffung und Sicherung hoher Altpapierqualität

Berlin. Die durchaus vielschichtigen Interessen und Herausforderungen aller Beteiligten entlang der Wertschöpfungskette Altpapier lassen sich insbesondere in einem Punkt auf einen gemeinsamen Nenner bringen: Im Fokus auf hohe Altpapierqualität! Wie und ob überhaupt eine nochmals gesteigerte Altpapierqualität zu ökonomisch vertretbaren Bedingungen für alle Beteiligten in einem Umfeld ausgereizter Erfahrungsquellen produziert werden kann war Thema einer Diskussionsrunde auf dem 18. Internationalen Altpapiertag des bvse e.V.

Die Papierindustrie wie auch die Altpapierentsorgungswirtschaft begrüßen in diesem Zusammenhang grundsätzlich das Ziel einer Arbeitsgruppe des Europäischen Komitees für Normung CEN, erstmals anerkannte Messmethoden und Messtechnik für Altpapier zu entwickeln und festzuschreiben. Diese sollen es ermöglichen, die in der europäischen Altpapierartenliste EN643 festgelegten, engen Obergrenzen für Feuchte, Fremdstoffe und unerwünschte Materialien im Altpapier zuverlässig zu ermitteln.

Standards müssen nachvollziehbar sein

Mit dem Prozess der Normenausgestaltung lasse man sich dabei bewusst Zeit, so Barry Read, Obmann des CEN TC172, der dem interessierten Publikum zuvor Details zur Probennahme mit Hilfe der neuen Technik erläutert hatte. Zeit, die allen an der Altpapierkette Beteiligten Gelegenheit zur Mitwirkung bei der Ausgestaltung der neuen Norm gebe.

Die Akzeptanz und Anwendung dieser Standards durch die Altpapieraufbereiter setze aber voraus, dass sie für alle Beteiligten nachvollziehbar, integrierbar und wirtschaftlich tragbar seien, sagte Andreas Uriel, ERPA-Delegierter und Mitglied des bvse-Fachverbandsvorstandes Papierrecycling. Entscheidend sei letztlich das Erfüllen der geforderten Altpapierqualität. Wie diese erreicht werde, müsse weiterhin jedem Betrieb selbst überlassen bleiben.

Zusätzliche Kosten befürchtet

Gerade kleine und mittelständische Unternehmen fürchten mit Blick auf die neue Norm hohe zusätzliche Kosten durch Investitionen in Hightech-Anlagen, mit denen sie einseitig belastet würden. Aus Sicht der Altpapierlieferanten, so Uriel, könne es daher ein Mehr an Sortiertiefe nur geben, wenn diese 1:1 von den Abnehmern vergütet werde.

Im Gegensatz dazu hat sich die Papierindustrie bereits jetzt auf den Druck der Markenhersteller

und Konsumenten, höchste Materialqualitäten bereitzustellen, eingestellt. So berichtete Henri Vermeulen, Vizepräsident des Bereiches Altpapier des Verpackungspapierherstellers Smurfit Kappa, von dem Unternehmensprogramm „Quality Control 2018“. Zur Einhaltung einer zertifizierten Qualitätssicherung sei bereits in die flächendeckende Erweiterung der technischen Ausstattung der zur Unternehmensgruppe gehörenden Papierfabriken mit Nahinfrarot- und Kernbohrgeräten zur Beprobung und Analyse des zugelieferten Altpapiers investiert worden.

Höchste Sorgfalt auf Messung und Qualität des Altpapiers

Für Dr.-Ing Johannes Kapfen von der PTS- Papiertechnische Stiftung gibt es ebenfalls mehr als nur einen Grund, höchste Sorgfalt auf die Messung und Qualität des Altpapiers zu legen: Der frühestmögliche verbesserte Überblick auf die Qualitäten schaffe zu einem wichtigen Verhandlungsgrundlagen für Verträge und könnte gleichzeitig im gemeinsamen Verständnis für die Handhabung der Qualitäten zu einer verbesserten gemeinsamen Steuerung von Abläufen in der Wertschöpfungskette führen.

Die Einhaltung der EN 643 sei dabei nur ein Aspekt im Umgang mit Qualität. Darüber hinaus würde die umfassende Erhebung, Weitergabe und intelligente Nutzung von qualitätsbezogenen Informationen entlang der gesamten Papierwertschöpfungskette weitere erhebliche Vorteile in Bezug auf die Steigerung der Performance und Wirtschaftlichkeit bringen.

In Zukunft lassen sich so vielleicht sogar neue Geschäftsfelder eröffnen. Die Frage, wer zur Übernahme der Kosten für die aufwändigen und teilweise kapitalintensiven Messverfahren und -techniken in die Pflicht genommen wird, sollte auf keinen Fall dazu führen, defensiv zu reagieren, so Kapfen. Vielmehr gelte es heute mehr denn je Chancen zu sehen und verfügbar zu machen und eventuell sogar ein gemeinsames Kostenmodell in Erwägung zu ziehen. **□**

Besserer Austausch zwischen Behörden und Marktteilnehmern nötig

Von der kommunalen Seite stellte sich Dr. Frank Wenzel (Anwaltsbüro Gaßner, Groth, Siederer & Coll.) den Branchenvertretern. Auch nach 36 Monaten KrWG gebe es in den Verwaltungen einen gewaltigen Bearbeitungsrückstand, was die Anzeigen angehe. Darüber hinaus würden viele Verfahren durch illegale Sammler entstehen. Hier sieht Wenzel die Privatwirtschaft in der Pflicht, sich stärker, und zur Not auch juristisch, gegen solche Marktteilnehmer zu wehren.

bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock wendete ein, dass viele Mitglieder des bvse gegen illegale Sammler kämpfen. Sie bekämen jedoch von den zuständigen Behörden oft noch nicht einmal die Auskunft, ob ein Sammler eine Anzeige gemacht hat. Hier sei der Informationsaustausch zu verbessern. **□**

„Rote Tonne“ hält Einzug auf Wertstoffhöfen

Neu: Wertstoffhöfe des Landkreises Regensburg nehmen jetzt auch Druckerpatronen und Tonerkartuschen an

Mit Einführung der „Roten Tonne“ haben die 39 Wertstoffhöfe im Landkreis Regensburg ihr umfangreiches Angebot der Wertstoffverwertung erweitert. Ab sofort werden dort nun auch leere Druckerpatronen und Tonerkartuschen in haushaltsüblichen Mengen angenommen, genauso wie leere Faxpatronen und Trommel-einheiten sowie verbrauchte Fixiereinheiten.

Die gebrauchten Patronen und Kartuschen werden, wie auch die anderen Wertstofffraktionen auf den Wertstoffhöfen, einem ordnungsgemäßen und ökologisch sinnvollen Verwertungs- bzw. Recyclingverfahren zugeführt und können somit wieder als sogenannte „Sekundärrohstoffe“ eingesetzt werden. In der Regel können die Patronen und Kartuschen wieder befüllt werden. Landrätin Tanja Schweiger freute

sich, dass nun auch diese „Lücke“ im Entsorgungsspektrum der Wertstoffhöfe geschlossen werden konnte. „Damit steht den Bürgern eine weitere hilfreiche und gebührenfreie Dienstleistung seitens des Landkreises zur Verfügung“, betonte die Landrätin. Vor allem aber gehören Abfalltrennung und Wertstoffverwertung zu den wichtigsten Bestandteilen des gelebten Umweltschutzes und der Schonung von Ressourcen. **□**



Ehgartner
GmbH

Entsorgung

Container-Dienst

Gewerbe-Entsorgung

Müll-Entsorgung

Schrott - Metalle

Sondermüll ...

Ihr Komplett-Entsorger
für Kommunen
Gewerbe und Haushalt

Nützen Sie unsere
kostenlose
Fachberatung
Tel. 081 71-93 380

82538 GERETSRIED
Tel. 081 71-93 380
Fax 081 71-93 3820
info@ehgartner.de · www.ehgartner.de

GERETSRIED ■ FORSTINNING

XV. Bezirkstag von Niederbayern:

Tagung in der Benediktinerabtei Metten

Unter dem Vorsitz von Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich fanden in der Benediktinerabtei Metten bei Deggendorf die Sitzungen des Bezirksausschusses sowie des Bezirkstags von Niederbayern statt.

In der Sitzung des Bezirksausschusses wurden die Mitglieder des Gremiums unter anderem über die Errichtung von Modulbauten für zwei Stationen des Bezirksklinikums Mainkofen informiert. Von den insgesamt 40 Betten stehen 20 Betten für die Fachklinik für Neurologie und die Fachklinik für Neurologische Frührehabilitation zur Verfügung. Sie werden den laufenden Betrieb während der Sanierung bzw. Erweiterung

der beiden neurologischen Kliniken gewährleisten und damit die Bauzeit verkürzen.

Nach derzeitiger Sachlage ist von einer länger als angedachten Nutzung des Modulbaukörpers auszugehen. Dementsprechend wurden Qualität und Flexibilität für eine mögliche spätere Nutzung berücksichtigt. Im Juli 2015 soll mit den Modulbauten, für die Gesamtkosten von ca. 5,9 Mio. Euro errechnet wurden, begonnen werden,

Ende März 2016 sollen sie bezugsfertig sein; erst dann können die Sanierungs- bzw. Erweiterungsmaßnahmen an den neurologischen Kliniken realisiert werden.

Nach Art. 48 der Bezirksordnung für den Freistaat Bayern gehören die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb psychiatrischer und neurologischer Einrichtungen zu den bezirklichen Pflichtaufgaben. Im Bezirksklinikum Mainkofen, dem größten der vier psychiatrischen Fachkrankenhäuser des Bezirks Niederbayern, werden auch Patienten mit neurologischen Erkrankungen nach neuesten medizinischen Erkenntnissen optimal versorgt.

Bezirksklinikum Mainkofen

Die Klinik für Neurologie mit 56 Betten und zertifiziertem Stroke Unit deckt das gesamte Spektrum der modernen Schlaganfalltherapie ab; die Klinik für Neurologische Frührehabilitation mit 36 Betten bietet mit Akut- und Intensivbehandlung sowie rehabilitativen Leistungen ein ganzheitliches Konzept an. Auch die Akutpsychiatrie profitiert von den neurologischen Kliniken, die mit einer geplanten Bauzeit von etwa dreieinhalb Jahren grundlegend saniert bzw. erweitert werden. Diese Baumaßnahme ist ein vorgezogener Bestandteil der Neustrukturierung des Bezirksklinikums Mainkofen, die bis 2022 mit geschätzten Gesamtkosten von 120 Mio. Euro realisiert wird.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt befasste sich mit der Förderung der von Ende April bis Oktober laufenden Landesausstellung 2016 „Bier in Bayern“ in Aldersbach, Landkreis Passau. 2016 jährt sich der Erlass des bayerischen Reinheitsgebotes zum 500. Mal. Das Haus der Bayerischen Geschichte, das die Kosten der Ausstellung trägt, nimmt dieses Jubiläum zum Anlass, die Kulturgeschichte des Bieres ins Bewusstsein zu rücken. Das Gremium ge-

währte für das Projekt einen Zuschuss in Höhe von 100.000 Euro. 70.000 Euro erhält der Lenkungsausschuss für Infrastruktur und Organisation, 30.000 Euro stehen für die „Niederbayern-Woche“ zur Verfügung, für die das Kulturreferat und das Pressereferat des Bezirks ein Rahmenprogramm zusammenstellen.

Die imposanten ehemaligen Kloster- und Brauereigebäude in Aldersbach werden seit mehr als zwei Jahren baulich saniert und bieten einen idealen Ausstellungsort.

In die Benediktinerabtei Metten als außergewöhnlichem Sitzungs- und Veranstaltungsort hatte Abt Wolfgang M. Hagl eingeladen. Nach Sitzungsende wurden die Mitglieder des Bezirkstags von Niederbayern von Pater Markus Haering OSB durch die denkmalgeschützte Anlage geführt, die - dominiert von der Kloster- und Pfarrkirche St. Michael - wahre Kulturschätze beherbergt: Benediktuskapelle, Bibliothek, Festsaal, Prälatgarten mit Kunstwerken und vieles mehr. Für den Ökonomietrakt aus dem Jahr 1628 hat der Ausschuss für Kultur-, Jugend- und Sportförderung in seiner Sitzung am 26.03.2015 für vorbereitende Untersuchungen im Rahmen der Regelförderung der Denkmalpflege 30.000 Euro für die Maßnahme genehmigt.

Noch 2015 soll mit der eigentlichen Sanierung begonnen werden, denn die Abtei hat gemeinsam mit der Technischen Hochschule Deggendorf große Pläne: Geht es nach den Beteiligten, soll 2017 im Kloster Metten ein Campus für 1000 Studenten im Gesundheitsbereich entstehen. Seit Jahrhunderten erfüllen Benediktiner den Auftrag, junge Menschen zu unterrichten. Mettener Mönche wirkten im 18. Jahrhundert nicht nur als Lehrer an der Musikschule des Klosters, sondern waren auch Mitglieder der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München und Professoren der Philosophie und Theologie in Freising und Salzburg.

Zur Benediktinerabtei gehört heute ein weithin anerkanntes Gymnasium mit humanistischem, sprachlichem und naturwissenschaftlich-technologischem Zweig. Eine Zusammenarbeit mit dem Campus der Technischen Hochschule Deggendorf wäre eine logische Fortsetzung der hier geleisteten Bildungsarbeit. □



Bei der Führung durch das Kloster. Pater Markus Haering OSB, Bildmitte, rechts neben ihm im grauen Sakko Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, dann Bezirkstagsvizepräsident Franz Schedlbauer und Max Brandl, weiterer Stellvertreter des Bezirkstagspräsidenten. Foto: Bezirk Niederbayern

Landkreis Ebersberg:

Genetische Analyse bestätigt Wolfsverdacht

Wie erste Ergebnisse einer vom Landesamt für Umwelt (LfU) in Auftrag gegebenen genetischen Analyse bestätigen, wurden die Schafe nahe Zorneding im Landkreis Ebersberg in der Nacht vom 23. auf 24. April von einem Wolf angegriffen. Zwei Schafe wurden dabei getötet, ein weiteres Tier wurde schwer verletzt und musste getötet werden.

Die dem Nutztierhalter entstandenen Schäden werden über den „Ausgleichsfonds Große Beutegreifer“ zu 100 Prozent ausgeglichen. Dem LfU liegen keine weiteren Erkenntnisse über Schäden an Nutz- oder Wildtieren in der Region vor. Die letzte über die Polizei gemeldete Beobachtung eines wolfsähnlichen Tieres im Münchner Osten bzw. Süden liegt über zwei Wochen zurück. Die Gremien des Wildtiermanagements sowie die Behörden vor Ort wurden informiert.

Bei der genetischen Analyse wurden Speichelproben untersucht, die von einem Mitglied des „Netzwerks Große Beutegreifer“ vor Ort sichergestellt wurden. Das Tier kann demnach der zentraleuropäischen Population aus Nordostdeutschland/Westpolen zuge-

ordnet werden. Vom LfU wurden weitere genetische Analysen beauftragt, um gegebenenfalls nähere Informationen zu Geschlecht und zur genaueren Abstammung des Wolfes zu erhalten. Die Ergebnisse werden voraussichtlich innerhalb der nächsten Woche vorliegen. □

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPVP in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Klaußmann (KPVP)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird keine

Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 49 vom 01.01.2015

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen

IBAN: DE 3872 2515 2000 1002 1566

BIC: BYLADEM1DLG

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG

IBAN: DE 9673 4600 4600 0014 4320

BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

34. Niederbayerischer Archäologentag in Deggendorf:

Bedeutende Zeugnisse der Vergangenheit

Kriminalistischer Spürsinn war beim 34. Niederbayerischen Archäologentag in Deggendorf gefragt. In spannenden Einzelvorträgen präsentierten Archäologen ihre neuesten Forschungsergebnisse zum Thema bayerische Archäologie. Geboten wurde ein abwechslungsreiches zweitägiges Vortragsprogramm - inklusive einer Exkursion zum keltischen Oppidum Manching. Veranstalter waren die Kreisarchäologen Straubing-Bogen und Deggendorf, die Gesellschaft für Archäologie in Bayern, die Volkshochschule Deggendorfer Land und der Geschichtsverein für den Landkreis Deggendorf.

Nach den Worten von Dr. Walter Irlinger, Landesamt für Denkmalpflege, verfügt der Landkreis Deggendorf über 1.197 Bodendenkmäler, die bekannt seien - „ein Spitzenwert in Bayern“. Mit Straubing-Bogen, Dingolfing-Landau, Passau, Landshut und Kelheim gebe es über 8.600 bedeutende Bodendenkmäler - bei einem Gesamtbestand von 50.000. 136 Projekte würden im Projekt Archäologie und Ehrenamt betreut und gefördert, berichtete der Denkmalschützer.

Siedlungsbestattung

„Die vielfältige niederbayerische Kulturlandschaft bildet die frühe Erschließung unseres Landes ab und verbindet uns so mit unserer eigenen Geschichte“, unterstrich Wissenschaftsstaatssekretär Bernd Sibler bei seinem Grußwort. Das Schwerpunktthema Siedlungsbestattung stelle den Menschen in den Mittelpunkt der Betrachtung. Gerade der Umgang mit Verstorbenen sei fester Bestandteil einer Zivilisation und präge eine Kultur vor dem Hintergrund ihrer Zeit, so der Staatssekretär.

Der Umgang mit archäologischen Funden sei kein Nischenthema, sondern habe vielmehr gesamtgesellschaftliche Bedeutung, machte Sibler deutlich: Bei Bauarbeiten in der Region komme es häufig zu Funden, die geborgen werden müssen, bevor die Baumaßnahme durchgeführt werden kann. Der Staatssekretär lobte in diesem Zusammenhang vor allem, dass bei anstehenden Grabungen die beteiligten Akteure von den Unteren Denkmalschutzbehörden und dem Landesamt für Denkmalpflege über die Kommunalarchäologen und Grabungsfirmen bis hin zu den Universitäten und Museen in den letzten Jahren zu einem eingespielten Team geworden seien. „Durch eine konstruktive Zusammenarbeit gibt es in der Regel keine Probleme für Bauherren durch zeitliche Verzögerungen“, stellte Sibler fest. Eine wertvolle Basis zur Unterstützung der Bürger biete das Strategiepapier „Denkmalschutz und Denkmalpflege 2020 - bewahren durch erklären und unterstützen“.

In seinem Festvortrag „Siedlungsbestattung in der jüngeren Urgeschichte Mitteleuropas. Einige Überlegungen zur Theorie und

Methode archäologischer Gräberforschung“ beschäftigte sich Prof. Dr. Ulrich Veit, Professor für Ur- und Frühgeschichte am Historischen Seminar der Universität Leipzig, mit der Identifikation, Ansprache und systematischen Klassifikation archäologischer Funde. Er zeigte exemplarisch auf, wie sich die archäologische Gräberforschung in den vergangenen drei Jahrzehnten durch entsprechende neue Forschungsansätze generell verändert hat und noch weiter verändert.

In weiteren Vorträgen wurden ergänzend Ergebnisse aktueller und neuer Grabungen aus der niederbayerischen Archäologie vorgestellt. Das Schwerpunktthema waren „Siedlungsbestattungen“, eine besondere Bestattungsform, die sich in vielen überregionalen archäologischen Kulturgruppen findet und zu einem der vielen Phänomene der Archäologie zählt.

Sven Fiedler und Thomas Richter aus Bad Abbach bzw. Landshut informierten beispielsweise über Siedlungsbestattungen der alt- und mittelneolithischen Siedlung von Bayerbach im Landkreis Landshut, Dr. Markus Arnolds, Weibenburg, berichtete über „Archäologische Horizonte an der B 15 neu bei Landshut-Essenbach und Dr. Ludwig Husty, Oberalteich, wartete mit überraschenden Ausgrabungsergebnissen vom Salchinger Pfingsberg, Gemeinde Salching (Landkreis Straubing-Bogen) auf.

Den Abschluss des zweiten Veranstaltungstages bildete ein fächerübergreifender Vortrag zu Tod und Sterben im Wandel der Gesellschaft, der das oben angesprochene Phänomen aus kulturanthropologischer Sicht beleuchtete.

Wie üblich wurde der Niederbayerische Archäologentag durch eine ganztägige Exkursion abgerundet, die zu archäologischen Städten rund um Manching führte. Nach Grußworten des Bürgermeisters und Zweckverbandsvorsitzenden Herbert Nerb und einer Einführung durch Museumsleiter Dr. Wolfgang David standen die Besichtigung der noch erhaltenen Reste des ehemaligen keltischen Oppidums, das Kelten-Römer Museum, der Fundort der Römerboote in Oberstimm und die Hügelgräber im Lauterbacher-Forst zwischen Geisenfeld und Wolnzach auf dem Programm. DK

Bildung vor Ort gestalten

Schwabenweites Austauschtreffen im Donau-Ries

Donauwörth (pm). Im November 2013 wurde der Landkreis Donau-Ries als Bildungsregion in Bayern zertifiziert. Zur Information und zum Austausch fand kürzlich das 4. Netzwerktreffen der schwäbischen Bildungsregionen im Landkreis Donau-Ries statt.

Regionalmanager Klemens Heining er begrüßte die Teilnehmer zum Netzwerktreffen der schwäbischen Bildungsregionen und stellte die von Herrn Landrat Stefan Rößle initiierte Bildungsregion Donau-Ries vor. Nicht nur naturräumlich mit dem Geopark und Nördlingen sei der Landkreis eine runde Sache. „Auch im Bereich Bildung ist der Landkreis mit seinen Projekten Sprachlotse, Bildungsportal und Hochschulzentrum gut aufgestellt“, schloss Heining.

Hubert Lepperdinger, der Sprecher der Konferenz der Schulaufsicht, lobte das Engagement der schwäbischen Kommunen. „Inzwischen haben sich alle vierzehn schwäbischen Landkreise und kreisfreien Städte der Initiative Bildungsregionen in Bayern angeschlossen“, so Lepperdinger.

Auf die Besonderheiten der schwäbischen Kommunen ging Richard Steuer, Koordinator für die Bildungsregionen in Schwaben, näher ein. In der vom Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst herausgegebenen Sammlung von Leuchtturmbeispielen „Bildungsregionen in Bayern - Unsere Erfahrungen und Erkenntnisse“ stammt ein Viertel der Projekte aus Schwaben. Steuer dazu: „Das ist

aus dem Bereich lokaler Bildungsplanung über die Unterstützung beim Aufbau eines kommunalen Bildungsmanagements bis hin zur Durchführung von Entwicklungsworkshops zu unterschiedlichsten Bildungsthemen reichen. Zwischen der Transferagentur und den schwäbischen Bildungsregionen soll in Zukunft der Austausch u. a. in den Bereichen Fachkräftesicherung, Integration und Inklusion intensiviert werden.

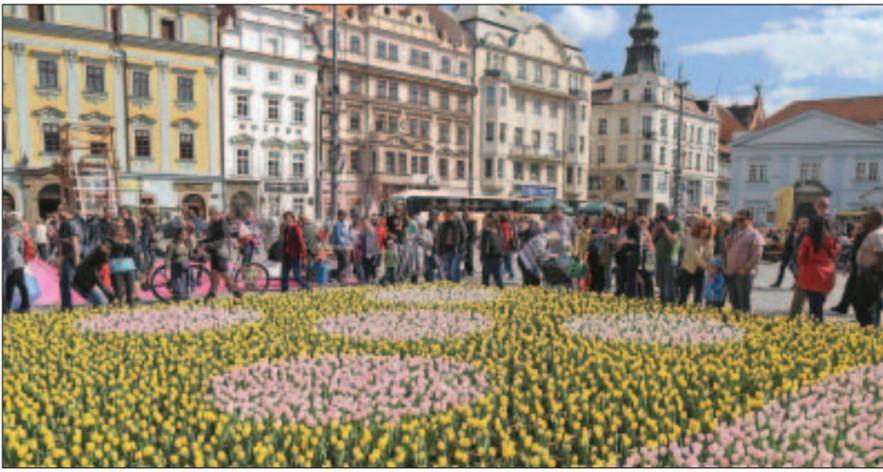
2012 startete das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst die Initiative „Bildungsregionen in Bayern“. Dazu wurden verschiedene Pilotregionen ausgewählt, darunter auch der Landkreis Donau-Ries, der mit seiner Bildungsinitiative Lernender Landkreis schon ein regionales Bündnis für Bildung aufgebaut hatte. Die Zertifizierung als „Bildungsregion in Bayern“ durch das Ministerium sieht die Erstellung eines Bildungskonzepts vor. Dieses wurde im Landkreis in fünf Arbeitskreisen zu den Themen Übergänge, Schule, Jugendliche, Bürgergesellschaft und Demographischer Wandel erarbeitet. In je zwei Workshops wurden die Stärken gesammelt und Handlungsbedarf in der Bildungslandschaft aufgezeigt. Im Rahmen eines Festaktes übergab der Staatssekretär für Bildung und Kultus, Georg Eisenreich, das entsprechende Qualitätssiegel im November 2013 an Landrat Stefan Rößle. □

Leuchtturmprojekt

Neben einem Steckbrief der Bildungsregion Donau-Ries befinden sich darunter auch vier Projekte, die im Landkreis erarbeitet wurden und nun als Leuchtturmprojekt in andere Regionen getragen werden sollen:

- Mobile Sprachangebote für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund unter der Leitung des Staatlichen Schulamtes Donau-Ries und des Landkreises Donau-Ries
- Alphabetisierungskurse für Menschen mit Deutsch als Erst- und als Zweitsprache der Vhs Donauwörth
- Kooperation Wirtschaft des Landkreises
- Kooperation von Jugendarbeit und Dorferneuerung der Evangelischen Landjugend, Bezirk Schwaben.

Als Gastreferenten waren Tobias Schmidt und Dr. Barbara Rink von der Transferagentur Bayern für Kommunales Bildungsmanagement anwesend. Sie berichteten über die Leistungen der Transferagentur, die von der Vermittlung von guten Beispielen



Tausende Blumen waren beim Kunst-, Kultur- und Begegnungsfest „Blumen für Pilsen“ am Hauptplatz zu sehen. □

Bayerische Kulturtag 2015 in Pilsen:

Zeichen der Freundschaft

Für eine Woche stand die Europäische Kulturhauptstadt Pilsen ganz im Zeichen von Weiß-Blau. Die Bayerischen Kulturtag boten nicht nur traditionelle bayerische Spezialitäten wie Bratwurst oder Blasmusik, sondern auch zeitgenössische Kunst und Kultur. Das musikalische Programm der Kulturtage reichte von den Regensburger Domspatzen bis zu bayerischen Rockbands. Bei einem Filmabend wurde der Historienfilm „Ludwig II.“ gezeigt.

Pilsen und Regensburg sind seit über 20 Jahren Partnerstädte. Durch den Titel „Pilsen – Europäische Kulturhauptstadt 2015“ hat die Zusammenarbeit im kulturellen Bereich weiter an Intensität gewonnen. Denn seit dem 1. Januar 2014 läuft das von der EU geförderte Projekt „regio2015“, das etwa 40 bayerische Beiträge für Pilsen 2015 umfasst. Die Stadt Regensburg ist einer der Projektpartner.

Das Kunst-, Kultur- und Begegnungsfest „Blumen für Pilsen“ bildete den Höhepunkt des einwöchigen Festivals. Der Aktionstag am Hauptplatz stand ganz im Zeichen

von zwischenmenschlichen Begegnungen und einem fröhlichen Miteinander. Neben der Hauptbühne war ein großes Logo von „Pilsen 2015“ zu bewundern, das am Vorabend aus sage und schreibe 8.000 Tulpen gestaltet wurde.

Kulturhauptstadt-Urkunde

Ein besonderes Geschenk, nämlich eine Kulturhauptstadt-Urkunde, brachte die Partnerstadt Regensburg zu diesem Fest mit. Die Urkunde wurde von Oberbürgermeister Joachim Wolbergs feierlich an seinen Amtskollegen Martin Zrzaveký überreicht und

unterschrieben. Im Anschluss waren alle Gäste am Hauptplatz eingeladen, mit ihrer Unterschrift ihr „Ja“ zu Europa, zur Kulturhauptstadt und zu partnerschaftlichen Begegnung zu bekunden und damit ein Zeichen für die bayerisch-tschechische Freundschaft zu setzen.

Im Stadtzentrum der westböhmisches Biermetropole konnte zudem der legendäre Drache der Festspiele in Furth im Wald bewundert werden. Der elf Tonnen schwere Star des alljährlichen Volksschauspiels Further Drachenstich kam dafür leihweise aus der Oberpfalz nach Pilsen.

Facettenreiches Programm

Ein buntes Programm mit vielen Informationen über die kulturellen Angebote und die historischen Festspiele des Landkreises Cham sowie die Mountainbike Region Naturpark Oberer Bayerischer Wald krönte den Abschluss der Bayerischen Kulturtag.

Landrat Franz Löffler freute sich über das Engagement der Verantwortlichen aus Tourismus und Kultur, die die Präsentation des Landkreises Cham in Pilsen vorbereiten: „Das ist eine großartige Chance, unseren Nachbarn den Landkreis Cham nicht nur als Einkaufs- und Wirtschaftsregion, sondern auch als Standort attraktiver Freizeit- und Kultureinrichtungen vorzustellen. Ich danke allen, die sich daran beteiligen.“ **DK**

cherheit in dem in Bad Kissingen aufzubauenden „Haus für Gesundheitsmanagement“ tätig sein. Auch im Landkreis Main-Spessart entstehen weitere 16 zusätzliche Arbeitsplätze durch die dort geplante Ansiedlung des Krebsregisters Bayern.

Landesweite Aktionen

Prominenteste Fürsprecherin der Gesundheitstage ist Staatsministerin Melanie Huml. In ihrem Grußwort bezeichnete sie die Kissinger Gesundheitstage als eine der größten und wichtigsten Gesundheitsveranstaltungen der Region. Auch die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen komme dabei nicht zu kurz. Da Gesundheitsförderung und Prävention auch in jungen Jahren immer mehr an Bedeutung gewinnen, starte das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege in diesem Jahr eine Schwerpunktaktion zur Kindergesundheit. Huml: „Wir wollen durch verschiedenste landesweite Aktionen – gemeinsam mit vielen Partnern aus dem Gesundheitswesen, dem Bildungsreich, der Politik und dem Sport – den Kindern und ihren Familien Präventionsmöglichkeiten aufzeigen. Denn die Vorbildfunktion der Erwachsenen spielt dabei eine wichtige Rolle.“ **KI**

Projekte bündeln

Die zielgerichtete, sektorenübergreifende Zusammenarbeit erfordert dementsprechend auch vor Ort geeignete Kommunikations- und Koordinationsstrukturen im Sinne passgenauer Lösungen. Diese sollen durch das Projekt „Gesundheitsregion plus“ geschaffen und gefördert werden; zugleich ist angedacht, die bisher bestehenden Projekte „Gesunder Landkreis“, „Gesundheitsregion“ und „Regionale Gesundheitskonferenzen“ zu bündeln. Mehrere Landkreise in Unterfranken, darunter auch die beiden Bäderlandkreise Bad Kissingen und Rhön-Grabfeld haben sich Beinhofer zufolge für dieses Projekt beworben; der Landkreis Miltenberg habe bereits einen Förderbescheid erhalten.

Behördenverlagerung

Als weitere Impulse zur Stärkung sowohl der Prävention als auch der Region nannte der Regierungspräsident die von Staatsminister Dr. Markus Söder im März 2015 vorgestellten Behördenverlagerungen in die Region Unterfranken. Demnach werden künftig 100 Beschäftigte des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsi-

18. Bad Kissinger Gesundheitstage:

Mach mit - bleib fit

Unter dem Motto „Mach mit - bleib fit“ drehte sich bei den diesjährigen Bad Kissinger Gesundheitstagen alles um die Themen Gesundheit und Prävention. Bei über 100 Fachvorträgen erhielten rund 20.000 Besucher an drei Tagen jede Menge Anregungen und konnten sich Ihre Fragen von Experten beantworten lassen. Kostenlose Gesundheits-Checks wie Blutzuckermessungen oder Kurzmessungen auf den Messdetektoren rund 80 Aussteller rundeten das Angebot ab.

Die Schulmedizin, die seit Beginn einen Schwerpunkt der Gesundheitsmesse bildet, war durch renommierte Kliniken, Reha- und Präventionszentren sowie Ärzten und Zahnärzten vertreten. Mittlerweile erfreuen sich aber auch ganzheitliche und alternative Konzepte immer größerer Beliebtheit. Die Besucher konnten sich über Ayurveda, Dorntherapie, Reiki und Lebensberatung informieren. Auch ein umfangreiches Aktivprogramm wurde passend zum Motto geboten. Das Thema Kindergesundheit stand ebenso auf der Tagesordnung. Ernährung und Bewegung als Grundlage für eine gesunde Entwicklung standen hier im Vordergrund. Außerdem wurde das Speed-Dating Gesundheitsberufe fortgesetzt. Hier konnten sich Schüler über Gesundheitsberufe informieren und mit entsprechenden Unternehmen, Institutionen und Praxen vernetzen.

Unterfrankens Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer verwies bei der Eröffnung der Gesundheitstage auf das von der Bayerischen Staatsregierung ins Leben gerufene Förderprojekt „Gesundheitsregion plus“, das das Thema der gesundheitlichen Prävention auch unmittelbar auf regionaler Ebene voranbringen soll. Zur Optimierung der Gesundheitsversorgung und zur Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung in der Region sei die gute Kooperation der dort ansässigen Akteure des Gesundheitssystems von entscheidender Bedeutung, betonte Bein-

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Na, wie sind so die Anmeldezahlen für die neuen Fremdsprachenangebote der Volkshochschule? Sind unsere Leute bereit, den Horizont zu weiten? Ich hoffe das doch sehr.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hatte den neuen Leiter unserer VHS verpflichtet, zu jedem neuen Semester wenigstens ein neues Sprachenangebot einzuplanen. Er ist der Meinung, dass die Kenntnis von Sprachen den Schlüssel zu Welt bedeutet.

Das Ergebnis der Statistik war nicht weiter überraschend. Nummer eins in jeder Form ist das Deutsche, da sich nicht nur bei der wachsenden Zahl der Flüchtlinge in Städtchen, sondern auch bei den schon länger hier lebenden Ausländern die Erkenntnis immer mehr durchsetzt, dass ohne ausreichende Deutschkenntnisse ein Leben hier einfach nicht erstrebenswert ist. Dazu kommen noch die Kurse für deutsch-



nicht erst mit dem erhobenen Zeigefinger an den Rhein zu stellen und Frankreich zu rügen, dass es den Deutschunterricht an den Schulen ausdünnen will, wenn wir uns selbst keinen Deut aus Französisch machen.

Gut, die Begründung der französischen Regierung, wonach Fremdsprachenlernen elitär sei und die soziale Kluft zwischen den Schülern ver-
stärke, ist Blödsinn. Fremdsprachenkenntnisse bringen uns die Nachbarn näher und bieten uns Einblick in das Denken anderer Völker, unabhängig von Herkunft und sozialer Schichtung. Von wegen elitär! Wohin soll es führen, wenn die Leute nicht mehr die Sprache der Nachbarländer lernen? Gut, viele sagen, man könne sich ja prima mit jedem Menschen auf Englisch unterhalten. Schlecht gesprochenes, lückenhaftes und fehlerhaftes Englisch ist weltweit die populärste und am weitesten verbreitete Sprache. Da können sich doch auch Deutsche, Franzosen und Polen damit verständigen!

Wirklich? Werden wir jemals einen Franzosen verstehen, wenn wir nicht wenigstens im Ansatz das reiche literarische Erbe erfassen können, das heute noch zentral das Denken jenseits des Rheins bestimmt. Oder werden wir die Polen verstehen, wenn wir die Brüche in deren Geschichte nicht auch in deren Sprache lesen und begreifen können? Werden wir uns in Europa gegenseitig verstehen, wenn wir nur in einer Sprache reden, die keinem von uns Heimat und Gefühl vermittelt?

Mein Chef, der Bürgermeister, ist nicht so naiv zu glauben, dass jeder bei uns Französisch oder Polnisch lernen sollte. Letzteres kann er als typisches Cold-War-Kid leider auch nicht. Aber er ist überzeugt davon, dass je mehr Leute sich mit anderen Sprachen und Kulturen auseinandersetzen, je mehr als Multiplikatoren oder „Kulturdolmetscher“ fungieren können, desto besser wird die Nachbarschaft in Europa. Deshalb wird er versuchen, speziell junge Leute für das Sprachenlernen an der VHS zu begeistern. Da kann ich ihm nur von Herzen besten Erfolg wünschen und setze ein Zitat des Philosophen Ludwig Wittgenstein in seinen WhatsApp-Status: „Die Grenze meiner Sprache ist die Grenze meines Denkens.“

Grenze der Sprache, Grenze des Denkens

sprachige Analphabeten, von denen wir auch bei uns noch viel zu viele haben und die immer mehr die Scheu verlieren, sich helfen zu lassen. Bei den Fremdsprachen ist Englisch in jeder Beziehung weit vor allen anderen, sowohl als Vorbereitung zur Nachholung eines Schulabschlusses als auch in Konversation oder Business-English, das geradezu explodiert. Danach kommt Spanisch, das nach wie vor einfach schick und angesagt ist, gefolgt von den Sprachen der Urlaubsländer wie Italienisch, Griechisch und Kroatisch. Einen festen, wenn auch sehr kleinen Stamm an Interessenten haben Exoten wie Finnisch, Hebräisch oder Isländisch.

Eines Pfingstwunders würde es allerdings bedürfen, dass Französisch wieder auf die Beine kommt und Polnisch sich mal etabliert. Französisch lebt vorwiegend von den Konversations- und Auffrischkursen für die, die es mal in der Schule gelernt haben oder die Infusionskurse für Schüler, die Grammatik und Wortschatz vor Abschlussprüfungen noch mal kompakt wiederholen wollen. Aber für Polnisch kommt allenfalls ein Kurs und der nicht jedes Semester zusammen.

Seltsam, dass die Sprachen unserer zwei größten und engsten Nachbarländer nicht mehr nachgefragt werden. Da brauchen wir uns gar

the Sabriul

1200 Jahre Retzbach:

Blühendes Gemeinwesen

Unter dem Motto „Mein Retzbach“ erwartet Einheimische wie Gäste im Jubiläumsjahr ein bunter Veranstaltungsreigen. Zusätzlich zu den jährlichen Highlights wie dem Straßenweinfest Anfang Juli wird es eine Vielzahl kultureller, musikalischer, historischer und kulinarischer Events geben. Ausstellungen, Lesungen und Führungen zu speziellen Themenbereichen werden die Besucher nicht nur in die Vergangenheit des bekannten Weinortes am Main entführen.

1200 Jahre sind vergangen, seitdem in Retzbach am 27.03.815 ein Kompromiss zwischen Bischof Wolfer von Würzburg und dem Abt Ratgar aus Fulda geschlossen wurde. Hintergrund des Kompromisses waren die Bestrebungen des Bischofs, schon bald nach seinem Amtsantritt das in seiner Diözese gelegene Fuldaer Kloster zehntpflichtig zu machen. In diesem Vertrag aus dem Jahre 815, der dem Fuldaer Kloster das Zehntrecht zusprach, fand der Name „Retzbach“ somit zum ersten Mal in schriftlicher Form Erwähnung.

„Geschichte und Tradition verstehen und erleben“ lautete das Motto des gelungenen Festtags zur urkundlichen Erwähnung der unterfränkischen Gemeinde. Nach einem ökumenischen Festgottesdienst zog ein Festzug von der Pfarrkirche bis vor das Rathaus, wo ein historisches Theaterstück aufgeführt wurde. Höhepunkt der Feierlichkeiten war ein Festakt mit zahlreichen Ehrengästen, unter ihnen Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer, der Schirmherr der Veranstaltung.

Beinhofers Ausführungen zufolge wurde im Lauf der Geschichte ein unverwechselbarer Heimat-Ort geschaffen, der durch

eine mainfränkisch-dörfliche Baukultur geprägt ist. Beim Thema Heimatpflege sieht Beinhofer die Marktgemeinde Zellingen mit ihren Ortsteilen Retzbach und Duttonbrunn auf einem guten Weg.

Gemeinsam mit sieben weiteren Gemeinden aus den Landkreisen Würzburg und Main-Spessart werden künftig mit Unterstützung des Amtes für Ländliche Entwicklung Projekte in Interkommunaler Zusammenarbeit gemeinsam in Angriff genommen. Ganz bewusst werden dabei die Bürger mitgenommen, um diese mit ihren Ideen in die weitere Entwicklung ihrer Heimat einzubeziehen und zur Mitarbeit anzuregen. Zudem sei in Retzbach mit dem Gesundheitsgarten in der Nähe zur Wallfahrtskirche „Maria im grünen Tal“ ein bedeutendes Projekt der LAG Wein, Wald, Wasser angesiedelt.

Laut Beinhofer ist die Interkommunale Zusammenarbeit zu einem wichtigen Instrument zur Entwicklung gerade der ländlichen Räume geworden und habe das früher weit verbreitete Kirchturndenken weitgehend abgelöst. „Darin wird deutlich, dass es nur mit vielen Freiwilligen und ehrenamtlich Tätigen gelingt, das kultu-

relle Erbe eines Dorfes zu schützen, lebensfähig zu halten und verträglich zu entfalten, um es dann künftigen Generationen weiter zu vermitteln.“

Da es eines der wichtigsten Anliegen des Staates sei, diese Strukturen zur eigenverantwortlichen Gestaltung der Heimat zu fördern und sie zukunftsfähig zu machen und dabei auch eine gut funktionierende Infrastruktur unverzichtbar sei, ist es für den Regierungspräsidenten erfreulich, „dass der Markt Zellingen aus den Händen von Staatsminister Söder nunmehr in Förderbescheid in Höhe von knapp 90.000 Euro zum Breitbandausbau erhalten hat, der neben großen Teilen der Kommune gerade auch die Ortsteile Retzbach und Duttonbrunn umfasst“.

„Tradition leben – Neues schaffen“: Nach dieser Devise hätten die Bürgerinnen und Bürger von Retzbach durch die Jahrhunderte gehandelt und so ein blühendes Gemeinwesen geschaffen, hob Beinhofer hervor. Von einem intakten Dorfleben zeugten zuvor auch die vielen Vereine, in denen sich die Retzbacher zusammengeschlossen haben. Ein solch aktives Vereinsleben erfahre auch Unterstützung von staatlicher Seite. So habe der moderne Spielmanns- und Fanfarenzug Retzbach e.V. 2010 für die Errichtung eines neuen Übungs- und Probenzentrums bei Gesamtkosten von 440.000 Euro einen Zuschuss von 40.000 Euro aus dem Kulturfonds Bayern erhalten. **DK**



Garching:

Fest der Vielfalt und Kulturen war ein voller Erfolg

Mitte Mai fand im Rahmen der 1100-Jahrfeier auf dem Maibaumplatz in Garching das Fest der Vielfalt und Kulturen statt, welches vom Jugendbürgerhaus PROFIL und dem Integrationsbeirat der Stadt Garching veranstaltet wurde. Es war ein durch und durch gelungenes Fest. Zahlreiche Garching und die eingeladenen Flüchtlinge genossen bei wahren Kaiserwetter ein abwechslungsreiches Bühnenprogramm und kulinarische Köstlichkeiten. Die Kleinen erfreuten sich am Kinderflohmart sowie an den angebotenen Bastel- und Schminkaktionen. An diesem historischen Ort (alte Ortsmitte) wurde an diesem Tag auch eine weitere Tafel der „Spuren der Garchinger Geschichte“ enthüllt. □

Vorschau auf GZ 11

In unserer Ausgabe Nr. 11, die am 11. Juni 2015 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung • Energiesparmaßnahmen
- Kommunalfinanzen
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Technische Ausstattung öffentlicher Gebäude

Pumpspeicherkraftwerk Langenprozelten:

Große Fitnesskur

Die Donau-Wasserkraft AG (DWK), ein Tochterunternehmen von Rhein-Main-Donau AG (99,25 Prozent) und E.ON (0,75 Prozent), unterzieht ihr Pumpspeicherkraftwerk Langenprozelten im unterfränkischen Landkreis Main-Spessart einer intensiven Fitnesskur. Rund 56 Millionen Euro wird die DWK in den kommenden zwei-einhalb Jahren neben zahlreichen anderen Arbeiten vor allem in den Austausch der beiden Generatoren, die Revision der beiden Pumpenturbinen und der sechs Kugelschieber (Absperrovorrichtungen) sowie in die turnusgemäße Ertüchtigung der Abdichtung des Unterbeckens investieren.

Ziel der umfangreichen Arbeiten ist es, die Versorgung der Deutschen Bahn mit Spitzenstrom zu den Rushhour-Zeiten im Bahnverkehr auch die nächsten Jahrzehnte zuverlässig sicherzustellen. Alle Arbeiten sind mit den zuständigen Behörden abgestimmt. Die Sicherheit der Mitarbeiter, die Qualität der Arbeiten und der Umweltschutz haben dabei oberste Priorität, weshalb entsprechende unabhängige Gutachter und Koordinatoren ständig vor Ort sind.

Nach Pfingsten starten die Arbeiten am 146.000 m² großen Unterbecken, das ein Volumen von 1,82 Millionen m³ hat. Davon sind 1,4 Millionen m³ zum Pumpen und Turbinieren nutzbar. Bis zu 12 Meter betragen die Schwankungen des Wasserspiegels während des Normalbetriebs. Bei maximaler Befüllung reicht die gespeicherte Wassermenge zur Erzeugung von rund 950.000 kWh Bahnstrom.

Das 1975 in Betrieb genommene Unterbecken wird innerhalb von rund fünf Tagen komplett entleert, so dass zum einen groß-

flächig eine neue Asphaltdeckung auf die Beckenböschungen aufgebracht werden kann, zum anderen Inspektions- und Instandhaltungsarbeiten an den sogenannten Bauwerksanschlüssen sowie den Sicherheits-Rollschützen an der kraftwerkseitigen Stauwand und am sogenannten Grundablass (dort kann das Becken wie bei einer Badewanne entleert werden) vorgenommen werden können.

Schließlich wird auch die Beckensohle einer eingehenden Untersuchung unterzogen. Eine Inspektion des 1,3 Kilometer langen Triebwasserstollens, der über 310,4 Meter Fallhöhe das Oberbecken mit dem Maschinenhaus und dem Unterbecken verbindet, ist ebenfalls vorgesehen.

Bevor es soweit ist, werden die Fische aus dem Unterbecken von Berufsfischern fachgerecht abgefischt. Entsprechende Vorbereitungen für ein artgerechtes Vorgehen laufen bereits seit November letzten Jahres in Zusammenarbeit mit dem dortigen Fischereiberechtigten. □



Das Unterbecken wird komplett geleert und neu ausgekleidet. □

Ingolstadt im Fußballfieber

Die Mission Aufstieg ist geschafft. Mit ihrem 2:1-Sieg gegen RB Leipzig hat der FC Ingolstadt 04 die Meisterschaft in der 2. Liga perfekt gemacht. In der kommenden Saison spielt die Mannschaft erstmals in der 1. Liga.

Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer, der dem Spiel beiwohnte, zeigte sich als gebürtiger Ingolstädter „überglücklich“: „Im Zeitraffer geht mein ganzes sportliches Leben vorüber. Wir sind ja in meiner Jugendzeit zum ESV und zum MTV Ingolstadt gepilgert und haben immer von der höchsten Klasse geträumt. Und heute schreibt der FC Ingolstadt Fußballgeschichte. Das nimmt dem Verein niemand mehr. Davon wird man auch noch in 50 Jahren reden“, äußerte sich Seehofer.

Oberbürgermeister Christian Lösel sprach von einem „absolut verdienten Aufstieg“. Er sei sehr stolz, die ganze Stadt habe mit dem FC Ingolstadt mitgefiebert. In den vergangenen Wochen habe es nur noch dieses Thema gegeben. Jetzt verfüge man über zwei erstklassige Bundesligavereine - den Eishockeyclub ERC Ingolstadt und eben den FC. Seit Gründung des Vereins vor elf Jahren hätten die Verantwortlichen dort hervorragende Arbeit geleistet. **DK**

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgassen 73 • 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 65 70

23. April 2015

3. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-wasserkraftforum.de

Computer Netzwerke

Die Netzwerkprofis crystal
Ihr Partner für alles rund um Netzwerke — von Entwurf zu Umsetzung und mehr. The experts for networks.
Weitere Informationen: Tel.: +49 881 60094080 • info@crystal.de • www.crystal.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
Constanze von Hassel
Telefon 081 71.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
Theresa von Hassel
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung

seit 1910



Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß • 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Gewerbepbau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen • Wertstoffhöfe • Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de • info@laumer.de

Immobilienberatung

OPTIMHOME Immobilien GmbH

Wir bieten an:

In der Metropolregion Nürnberg:
1 - 2 Zi. Mini-Apartments, ideal für Anleger
2 - 4 Zi. Eigentumswohnungen, teilweise mit Gartenanteil, sowie großzügige Penthouses-Wohnungen.

Wir suchen für Vermietung und Verkauf
Wohnungen und Häuser in gutem bis bestem Zustand.

Kostenlos: Aktuelle Verkehrswertermittlung, Photoshooting, Werbung in allen bekannten Internetportalen sowie eine Betreuung bis zum Notartermin.

Immobilien Kaeser, Metropolregion Nürnberg
Tel.: 0911 / 99 288 12, Mobil: 0160-812 81 73
iug.kaeser@optimhome.de

Kommunale Energieberatung

Green City Energy
Der alternative Energieanbieter

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert

Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/890 668-900 • www.greencity-energy.de/keb
peter.keller@greencity-energy.de

25. Juni 2015

8. BAYERISCHES ENERGIEFORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung
Bürgerhaus Stadt Garching bei München
www.bayerisches-energieforum.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne-Unimog GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.bassewitz.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihr Partner für kommunale Finanzierungen

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

Präsente

www.bayern-laden.de
Ehrenpreise und Werbemittel für Kommunalbehörden, Vereine, Feuerwehr, Polizei, Industrie- und Gewerbe.
Tel.: 087 66 - 93 99 66
Email: upenner@t-online.de

Wärme-Contracting

Wärme-Contracting.
Weniger Kosten. Mehr Service. www.baywa-edl.de

Energie **BayWa**

Heizanlage + Brennstoff + Service = Wärme-Contracting

Herbst 2015

3. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-breitbandforum.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 053 26 / 502-0

Wartehallen

38685 Langelsheim • www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG